

**seduta n. 162 del 11 giugno 1998**

**Vorsitz Präsident Peterlini**  
**Presidenza del Presidente Peterlini**

(ore 10.13)

**PRÄSIDENT:** Wir beginnen mit den Arbeiten. Ich bitte um den Namensaufruf.

**DENICOLO:** *(Sekretär):(ruft die Namen auf)*  
*(Segretario):(fa l'appello nominale)*

**PRÄSIDENT:** Danke, ich bitte um Verlesung des Protokolls.

**WILLEIT:** *(Sekretär):(verliest das Protokoll)*  
*(Segretario):(legge il processo verbale)*

**PRÄSIDENT:** Sind Einwände zum Protokoll? Keine, dann gilt das Protokoll als genehmigt. Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Mayr Sepp, Frasnelli, Pallaoro und Giovanazzi.

Heute steht auf der Tagesordnung der **Geszentwurf Nr. 4: Beschränkung der Wahlwerbung bei Regionalratswahlen - Änderungen des Regionalgesetzes Nr. 7 vom 8. August 1983 in geltender Fassung über die Wahl des Regionalrates (eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Peterlini, Brugger und Pahl)**. Wir sind bei der Fortsetzung der Debatte. Sie wissen, daß im Rahmen der gesamten Debatte der Wahlgesetze auch dieses Gesetz zur Debatte stand und der Übergang zur Sachdebatte bereits genehmigt worden ist, so daß heute mit dem Artikel 1 begonnen werden kann. Zu diesem, genauso wie zu den ganzen anderen Wahlgesetzen, ist damals ein ganzes Paket an Abänderungsanträgen eingebracht worden, und zwar bezogen auf die Hürde. Jetzt allerdings habe ich als Einbringer die Vorlage durch einen Ersetzungsantrag total ersetzt. Dieser ist gestern abends verteilt worden, so daß ich die vorher eingebrachten Abänderungen als verfallen erklären muß bzw. Sie auffordern muß - sollten Sie diese herüberretten wollen - Sie zu dieser neuen Vorlage, zum Ersetzungsantrag einzubringen, so wie es bereits zum Teil erfolgt ist. Sie haben dazu Zeit, weil es eine Abänderung zur Abänderung wird. Der Gesetzestext, der hier verteilt worden ist, ist damit einheitlich also ein Ersetzungsantrag, der den gesamten Text ersetzt.

Abgeordneter Benedikter, bitte.

**BENEDIKTER:** Ich habe ein Bündel an Abänderungsanträgen bekommen als Gruppensprecher am 9. März 1998 unter 11194. Sind die überholt?

**PRÄSIDENT:** Dr. Untersulzner kontrolliert. Ich kann mir nicht vorstellen, daß das die Abänderungen zu diesem Gesetz sind. Pinter und Gasperotti haben ein kleines Paket eingebracht und nicht dieses. Wir kontrollieren.

Frau Abgeordnete Klotz, bitte.

**KLOTZ:** Nur kurz, um hier Klarheit zu haben. Herr Präsident, Sie haben gesagt, daß man allfällige Abänderungsanträge von früher anpassen müßte .....

*(interruzione)*

**KLOTZ:** Hat sich erledigt, Herr Präsident. Es ist alles klar, Danke.

**PRÄSIDENT:** Frau Abgeordnete Kury wollten Sie das Wort haben? Die Abänderungsanträge sind geklärt. Ich bin nur deswegen in Schwierigkeiten, weil ich als Einbringer und Abgeordneter Stellung nehmen möchte, allerdings der Herr Vizepräsident Tretter noch nicht da ist. Deswegen verlesen wir inzwischen den Artikel 1. Bitte, Abgeordneter Denicolò.

**DENICOLO:** Änderung zum Art. 1. Protokollnummer 11957

1. Der Art. 1 wird durch den nachstehenden ersetzt:

„Art. 1

1. Im Regionalgesetz vorn 8. August 1983, Nr. 7 werden nach dem Art. 14 die nachstehenden Artikel hinzugefügt:

Art. 14-bis

*(Beschränkung der Wahlausgaben der Kandidaten)*

1. Die Ausgaben jedes einzelnen Kandidaten für den Wahlkampf anlässlich der Wahl des Regionalrates dürfen höchstens 45 Millionen Lire betragen. Die Ausgaben für den Wahlkampf derjenigen, die in beiden Provinzwahlkreisen als Kandidaten auftreten, dürfen um höchstens 10 Prozent erhöht werden.

2. In die im Abs. 1 genannte Summe sind auch die Wahlwerbungsspesen für den Kandidaten, die von Parteien, Gruppen, Organisationen, Vereinigungen, Gesellschaften oder privaten Förderern getragen werden, einzubeziehen. Für jegliche Form direkter oder indirekter Wahlwerbung sowie für Veröffentlichungen von Wahlwerbungen durch Schriften, Druckerzeugnisse oder Vervielfältigungen, Radio, Fernsehen, Tonbandaufnahmen oder jedes andere zur Wahlwerbung dienliche Mittel, muß der Name des verantwortlichen Auftraggebers angegeben werden. Ferner müssen sie vom Kandidaten oder von der betreffenden Gruppe von Kandidaten schriftlich bewilligt werden.

3. Für die im Abs. 1 und im Abs. 2 vorgesehenen Zwecke sind Spenden, Geschenke und Vergünstigungen für die Wahlwerbung der Kandidaten, inklusive der Vorstellung in der Presse und in Kommunikationsmitteln, von jedem einzelnen Empfänger im voraus schriftlich anzunehmen und in die Berechnung einzubeziehen. Die zur Förderung von Gruppen von Kandidaten bestrittenen Wahlausgaben sind durch die Anzahl der Kandidaten, die der Gruppe angehören, zu teilen und werden zur Berechnung des Höchstbetrages nach Abs. 1 den einzelnen Kandidaten proportional angelastet, ausgenommen die Ausgaben, die von der Partei, der politischen Bewegung bzw. der zusammengeschlossenen Parteien oder politischen Bewegungen zugunsten sämtlicher Kandidaten bestritten werden und zu den Zwecken gemäß Art. 14-ter Abs. 1 zu berechnen sind.

#### Art. 14-ter

(Beschränkung der Wahlausgaben der Parteien und politischen Bewegungen)

1. Die Ausgaben für den Wahlkampf jeder einzelnen Partei, politischen Bewegung bzw. zusammengeschlossener Parteien oder politischer Bewegungen, die mit einer eigenen Liste für die Wahl des Regionairates auftreten, dürfen die Summe, die sich aus der Multiplikation des Betrags von 700 Lire um die Gesamtzahl der Einwohner der Provinzwahlkreise ergibt, in denen die Liste aufgestellt wird, nicht überschreiten, wobei die Ausgaben laut Art. 14-bis Abs. 2 und 3 nicht mit einzubeziehen sind.

2. Der sich aus der Operation gemäß Abs. 1 ergebende Betrag ist verhältnismäßig zu reduzieren, wenn sich die Liste aus weniger als 35 Kandidaten zusammensetzt.

3. Zur Feststellung der Zahl laut Abs. 1 gilt diejenige Anzahl der Einwohner jedes einzelnen Provinzwahlkreises, die im Dekret angegeben wird, in dem der Präsident des Regionalausschusses das Datum für die Wahl und die Anzahl der Regionalratsabgeordneten festlegt, die in jedem einzelnen Wahlkreis zu wählen ist.

#### Art. 14-quater

(Beschreibung der Wahlausgaben - Fristen)

1. Als Ausgaben für den Wahlkampf gelten

a) Ausgaben für die Herstellung, den Kauf bzw. die Pacht von Material und von Mitteln für die Wahlwerbung;

b) Ausgaben für die Verteilung und die Verbreitung des Materials und der Mittel laut Buchst. a) einschließlich der Ausgaben für die Wahlwerbung in den Kommunikationsmitteln, in den privaten Rundfunk- und Fernsehsendern, in den Kinos und in den Theatern;

c) Ausgaben für Anzeigen in Zeitungen bzw. Zeitschriften sowie für Werbung im Rundfunk und Fernsehen und für die Verteilung von Flugblättern zur Bekanntmachung von Veranstaltungen, die zur Wahlwerbung dienen sollen und in

öffentlichen Anlagen bzw. der Öffentlichkeit zugänglichen Anlagen stattfinden, wobei auch Veranstaltungen sozialer, kultureller und sportlicher Art einzubeziehen sind;

d) Ausgaben für das erforderliche Personal und für jegliche Leistung, die für den Wahlkampf durchgeführt wird.

2. Die Ausgaben für Reisen sowie die Telephon- und Postausgaben werden pauschal berechnet, es sei denn, sie werden nachgewiesen. Diesbezüglich ist ein fester Prozentsatz vorgesehen, der 10 Prozent des Gesamtbetrags der zulässigen und durch Belege nachgewiesenen Ausgaben entspricht.

3. Zur Festlegung der Beträge laut Art. 14-bis Abs. 1 und Art. 14-ter Abs. 1 werden die Bruttoausgaben gemäß Abs. 1 in Betracht gezogen, die für jegliche, mit dem Wahlkampf zusammenhängende Initiative bestritten werden und ab dem Tag erfolgen, der um neunzig Tage dem Datum vorausgeht, an dem die Wahl des Regionalrates stattfindet. Die Feststellung der Ausgabe für Geschenke, Spenden und Vergünstigungen wird nach dem jeweiligen entsprechenden Marktpreis vorgenommen.

4. Das im Art. 5 des Gesetzes vom 10. Dezember 1993, Nr. 515 vorgesehene Verbot institutioneller Propaganda gilt ab dem Tag laut Abs. 3. Die im Art. 1 Abs. 5 des Gesetzes Nr. 515 enthaltenen Bestimmungen gelten - beschränkt auf die Kandidaten - ab dem Tag laut Abs. 3 bis zum einunddreißigsten Tag vor dem Datum der Wahl; ab dem dreißigsten Tag vor dem Datum der Wahl werden die im Art. 1 Abs. 5 des Gesetzes Nr. 515 enthaltenen Bestimmungen angewandt.

#### Art. 14-quinquies

*(Weitere Bestimmungen betreffend die Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit und die Kontrolle der Wahlausgaben)*

1. Anlässlich der Wahl des Regionalrates werden die im Art. 7 Abs. 3, 4, 6 und 7, im Art. 8, im Art. 11 Abs. 3, im Art. 12 und im Art. 14 des Gesetzes vom 10. Dezember 1993, Nr. 515 mit seinen späteren Änderungen enthaltenen Bestimmungen betreffend die Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit und die Kontrolle der Wahlausgaben angewandt.

2. Die in den obengenannten Bestimmungen enthaltenen Verweise betreffend den Präsidenten der Abgeordnetenkammer und den Senatspräsidenten gelten für den Präsidenten des Regionalrates, während diejenigen bezüglich des Rechnungshofes auf die für die autonome Region Trentino-Südtirol zuständigen Rechtsrechnungssektion und Kontrollsektion des Rechnungshofes anzuwenden sind. Ferner gelten diejenigen Verweise betreffend die Parlamentswahlen für die Wahl des Regionalrates.

3. Die Beträge laut Art. 14-bis und 14-ter werden jede fünf Jahre mit Dekret des Präsidenten des Regionalausschusses aufgrund des vom ISTAT berechneten Anstiegs des Index der Verbraucherpreise für Haushalte von Arbeitern und Angestellten neu festgelegt.

4. Die Erklärung laut Art. 7 Abs. 6 des Gesetzes vom 10. Dezember 1993, Nr. 515 ist innerhalb sechzig Tagen ab dem Tag der Verkündung zu übermitteln.

Art. 14-sexies  
(Regionaler Wahlausschuß)

1. Anlässlich der Wahl des Regionalrates in Trentino-Südtirol werden die dem regionalen Wahlausschuß, welcher im Sinne des Art. 13 des Gesetzes vom 10. Dezember 1993, Nr. 515 mit seinen späteren Änderungen eingeführt wurde, zugewiesenen Aufgaben von demselben Wahlausschuß durchgeführt.

2. Die Entrichtung des Sitzungsgeldes gemäß Art. 13 Abs. 4 des Gesetzes vom 10. Dezember 1993, Nr. 515 mit seinen späteren Änderungen, welches für die Sitzungen des regionalen Wahlausschusses bezüglich der Wahl des Regionalrates in Trentino-Südtirol zuseht, ist laut Art. 45 des Regionalgesetzes vom 9. Mai 1991, Nr. 10 betreffend „Bestimmungen über den Haushalt und das allgemeine Rechnungswesen der Region“ vorzunehmen.

Art. 14-septies  
(Strafmaßnahmen)

1. Sollte festgestellt werden, daß die im Art. 14-bis für jeden einzelnen Kandidaten zugelassene Ausgabe um mindestens 10 Prozent überschritten wurde, so wird seitens des regionalen Wahlausschusses eine Geldbuße auferlegt, die mindestens so hoch wie der Betrag zu sein hat, um den die vorgesehene Grenze überschritten wurde, und das Dreifache dieses Betrags nicht überschreiten darf. Sollte dieser Betrag der zulässigen Ausgabe entsprechen oder diese um das Doppelte überschreiten, so wird - neben der Auferlegung der Geldbuße - der Kandidat, der zum Regionalratsabgeordneten gewählt wurde, des Amtes enthoben.

2. Sollte festgestellt werden, daß die im Art. 14-ter vorgesehene zugelassene Ausgabe um mindestens 10 Prozent überschritten wurde, so wird seitens des bei der Rechtsrechnungssektion und der Kontrollsektion des Rechnungshofes für die autonome Region Trentino-Südtirol errichteten Ausschusses eine Geldbuße auferlegt, die mindestens der Hälfte des Betrags zu entsprechen hat, um den die vorgesehene Grenze überschritten wurde, und das Dreifache dieses Betrags nicht überschreiten darf.

3. Sollten weitere Verletzungen der im vorliegenden Gesetz enthaltenen Bestimmungen erfolgen, so werden die im Art. 15 Abs. 5, 7, 8, 10, 11, 12, 14, 15 und 19 des Gesetzes vom 10. Dezember 1993, Nr. 515 vorgesehenen Strafmaßnahmen angewandt. Die Mitteilung laut Art. 15 Abs. 10 des Gesetzes Nr. 515/1993 ist dem Präsidenten des Regionalrates zu senden, der sie dem Regionalrat übermittelt, welcher den Amtsverlust erklärt.“

WILLEIT: Emendamento all'art. 1. L'art. 1 è sostituito dal seguente:

Art. 1

1. Dopo l'articolo 14 della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7, sono inseriti i seguenti:

“Art. 14 bis  
(Limiti alle spese elettorali dei candidati)

1. Le spese per la campagna elettorale di ciascun candidato nelle elezioni per il Consiglio regionale non possono superare l'ammontare di lire 45 milioni. Le spese per la campagna elettorale di chi è candidato in entrambi i collegi provinciali possono essere aumentate fino ad un massimo del 10 per cento.

2. Nell'importo di cui al comma 1 devono essere conteggiate anche le spese per la propaganda elettorale riferibili al candidato, sostenute da partiti, gruppi, organizzazioni, associazioni, società o privati fiancheggiatori. Qualsiasi forma di propaganda elettorale diretta o indiretta e tutte le pubblicazioni di propaganda elettorale a mezzo di scritti, stampa o fotostampa, radio, televisione, incisione magnetica e ogni altro mezzo di divulgazione devono indicare il nome del committente responsabile e devono essere autorizzate per iscritto dal candidato o dal gruppo di candidati cui si riferiscono.

3. Ai fini di cui ai commi 1 e 2, devono essere tenuti in considerazione e preventivamente accettati in forma scritta da ciascun beneficiario, i doni, gli omaggi ed i benefici, inclusa la presentazione in organi di stampa o di comunicazione, offerti per la propaganda elettorale dei candidati. Le spese elettorali sostenute per promuovere gruppi di candidati devono essere ripartite per il numero dei candidati facenti parte del gruppo e sono addebitate proporzionalmente ai singoli candidati ai fini del computo dell'importo massimo di cui al comma 1, ad eccezione delle spese, da conteggiare ai fini di cui al comma 1 dell'articolo 14 ter, sostenute dal partito, movimento, gruppo di partiti o movimenti e di cui beneficiano tutti i candidati.

Art. 14 ter  
(Limiti alle spese elettorali dei partiti o movimenti)

1. Le spese per la campagna elettorale di ciascun partito, movimento o gruppo di partiti o movimenti, che si presenta con una propria lista nelle elezioni del Consiglio regionale, escluse le spese di cui ai commi 2 e 3 dell'articolo 14 bis, non possono superare la somma risultante dalla moltiplicazione dell'importo di lire 700 per il numero complessivo degli abitanti dei collegi elettorali provinciali nei quali la lista è presente.

2. L'importo risultante dall'operazione di cui al comma 1 è ridotto proporzionalmente qualora la lista sia composta da un numero di candidati inferiore a 35.

3. Ai fini della determinazione della quota di cui al comma 1, il numero degli abitanti di ciascun collegio elettorale provinciale è quello indicato nel decreto con il quale il Presidente della Giunta regionale fissa la data delle elezioni ed il numero dei consiglieri da eleggere in ciascun collegio.

Art. 14 quater  
(Tipologia delle spese elettorali - Termini)

1. Per spese inerenti alla campagna elettorale si intendono quelle relative:

- a) alla produzione, all'acquisto o all'affitto di materiali e di mezzi per la propaganda;
- b) alla distribuzione e diffusione dei materiali e dei mezzi di cui alla lettera a), compresa l'acquisizione di spazi sugli organi di informazione, sulle radio e televisioni private, nei cinema e nei teatri;
- c) agli annunci di manifestazioni di propaganda, in luoghi pubblici o aperti al pubblico, anche di carattere sociale, culturale e sportivo, pubblicati su quotidiani e periodici o trasmessi da emittenti radiotelevisive o pubblicizzati tramite volantinaggio;
- d) al personale utilizzato e ad ogni prestazione o servizio inerente alla campagna elettorale.

2. Le spese di viaggio, telefoniche e postali, se non diversamente documentabili, sono calcolate in misura forfetaria, in percentuale fissa del 10 per cento dell'ammontare complessivo delle spese ammissibili e documentate.

3. Al fine della determinazione degli importi di cui al comma 1 dell'articolo 14 bis e al comma 1 dell'articolo 14 ter, si considerano le spese lorde di cui al comma 1 sostenute per qualsiasi iniziativa riferita alla campagna elettorale ed effettuata a decorrere dal novantesimo giorno antecedente la data della votazione per l'elezione del Consiglio regionale. La quantificazione della spesa relativa ai doni, agli omaggi e ai benefici è effettuata sulla base del prezzo di mercato dei doni, degli omaggi e dei benefici ricevuti.

4. Il divieto di propaganda istituzionale disposto dall'articolo 5 della legge 10 dicembre 1993, n. 515, trova applicazione a partire dalla data di cui al comma 3. Le disposizioni, contenute nell'articolo 1, comma 5, della medesima legge n. 515, trovano applicazione, limitatamente ai candidati, a decorrere dalla data di cui al comma 3 e fino al trentunesimo giorno antecedente la data della votazione; dal trentesimo giorno antecedente la data della votazione si applica quanto disposto dal comma 5 dell'articolo 1 della legge n. 515.

Art. 14 quinquies  
(Altre norme sulla pubblicità e il controllo delle spese elettorali)

1. Nelle elezioni per il Consiglio regionale si applicano le norme in materia di pubblicità e controllo delle spese elettorali di cui ai commi 3, 4, 6 e 7 dell'articolo 7 e dagli articoli 8 e 11, comma 3, 12 e 14 della legge 10 dicembre 1993, n. 515 e successive modificazioni.

2. I richiami, contenuti in suddette norme, ai Presidenti delle Camere devono intendersi riferiti al Presidente del Consiglio regionale; quelli alla Corte dei

Conti, alle sezioni giurisdizionali e del controllo della Corte dei Conti per la Regione autonoma Trentino-Alto Adige e quelli alle elezioni politiche, alle elezioni regionali.

3. Gli importi di cui agli articoli 14 bis e 14 ter sono rivalutati ogni cinque anni con decreto del Presidente della Giunta regionale sulla base dell'incremento dell'indice dei prezzi al consumo per le famiglie di operai e impiegati calcolato dall'ISTAT.

4. La dichiarazione di cui all'articolo 7, comma 6, della legge 10 dicembre 1993, n. 515 deve essere trasmessa entro 60 giorni dalla data della proclamazione.

Art. 14 sexies  
(Collegio regionale di garanzia elettorale)

1. Per l'elezione del Consiglio regionale del Trentino-Alto Adige, le funzioni attribuite al Collegio regionale di garanzia elettorale, costituito ai sensi dell'articolo 13 della legge 10 dicembre 1993, n. 515 e successive modificazioni, sono svolte dal medesimo Collegio.

2. Alla corresponsione dell'indennità di presenza, di cui al comma 4 dell'articolo 13 della legge 10 dicembre 1993, n. 515 e successive modificazioni, per le sedute del collegio regionale di garanzia elettorale riferite all'elezione del Consiglio regionale del Trentino Alto Adige si provvederà ai sensi dell'articolo 45 della legge regionale 9 maggio 1991, n. 10, recante "Norme in materia di bilancio e sulla contabilità generale della Regione".

Art. 14 septies  
(Sanzioni)

1. In caso di riscontrata violazione, per un importo superiore al 10 per cento, dei limiti di spesa previsti per i singoli candidati dall'articolo 14 bis, il Collegio regionale di garanzia elettorale applica la sanzione amministrativa pecuniaria non inferiore all'importo eccedente il limite previsto e non superiore al triplo di detto importo. Qualora l'eccedenza accertata sia pari o superiore al doppio dell'ammontare della spesa consentita, oltre all'applicazione della sanzione, il candidato eletto consigliere decade dalla carica.

2. In caso di riscontrata violazione, per un importo superiore al 10 per cento, dei limiti di spesa previsti dall'articolo 14 ter, l'apposito collegio istituito presso le sezioni giurisdizionale e del controllo della Corte dei conti per la Regione autonoma Trentino-Alto Adige applica una sanzione amministrativa pecuniaria non inferiore alla metà e non superiore al triplo dell'importo eccedente il limite previsto.

3. Alle altre violazioni delle norme di cui alla presente legge si applicano le corrispondenti sanzioni previste dai commi 5, 7, 8, 10, 11, 12, 14, 15 e 19 dell'articolo 15 della legge 10 dicembre 1993, n. 515. La comunicazione di cui al comma 10 dell'articolo 15 della legge n. 515 del 1993 è indirizzata al Presidente del Consiglio regionale, il quale la trasmette al Consiglio che pronuncia la decadenza.".



**Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter**  
**Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz**

**PRESIDENTE:** Prima di trattare i subemendamenti al disegno di legge, concedo la parola al collega Peterlini, per illustrare queste nuove proposte sulla propaganda elettorale.

**PETERLINI:** Danke, Herr Präsident. Ich möchte um Verständnis bitten, daß durch einen Ersatzantrag, im Inhalt gleichlautend, aber doch in der Technik neu ausgerichtet, eine Neuvorlage erfolgt ist. Warum? Weil die Vorlage des Gesetzentwurfes erfolgt ist, bevor auf Staatsebene die sogenannten Regeln der par conditio in Kraft getreten sind und somit hat es sich als notwendig erwiesen, auf der Grundlage des Staatsgesetzes 515 dieses Gesetz aufzubauen. Das Ziel kann mit drei Stichwörtern zusammengefaßt werden und lautet Moralisation der Wahlkämpfe. Sie wissen alle und die Bevölkerung hat es bei den jüngsten Wahlen vor 5 Jahren beklagt, aber auch vorher, daß zunehmend bei Wahlkämpfen ein amerikanischer Wahlkampfstil um sich greift, der immer größere Ausmaße annimmt und immer größere Investitionen benötigt. Während auf der einen Seite von den verantwortlichen Politikern immer wieder Appelle an die Familien ergehen zu sparen, um den Zug nach Europa zu schaffen und um in Europa zu bleiben, werden auf der anderen Seite erhebliche Mittel in die Wahlkämpfe investiert, so daß sich der Bürger fragen muß, warum nur einseitig gespart werden muß. Ich mache darauf aufmerksam, daß - sollte bei diesem zukünftigen Wahlkampf keine Einschränkung erfolgen - einzelne Kandidaten - so sehe ich es zumindest aus Südtiroler Sicht und ich weiß nicht wie es im Trentino sein wird - Summen bis zu 200 Millionen Lire auf den Tisch legen und sich gegenseitig hochsteigern werden. Warum? Weil jeder den größtmöglichen Beitrag leisten will, um seine Kandidatur und seine Wahl abzusichern und wenn er denkt, der andere steigert sich, dann steigert sich eben der nächste noch mehr und so ist es auch bei den letzten Wahlkämpfen gewesen. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß schließlich und endlich ein politisches Mandat nicht mehr abhängig ist von der Leistung der Kandidaten, von deren Einsatz und von deren Rückhalt in der Gesellschaft, sondern abhängig wird von den finanziellen Möglichkeiten, die ein Kandidat auf den Tisch legen kann. Das würde langfristig gesehen bedeuten, daß wer kein Geld hat oder wenig Geld zur Verfügung hat, nicht mehr die Möglichkeit haben wird sich darzustellen und demnach außer Gefecht und ohne Chancen ist. Wer hingegen mit einigen 100 Millionen Lire auf dem Tisch eine vorzügliche Werbeagentur engagieren und die entsprechenden Mittel einsetzen kann, der hätte fast schon ein garantiertes Mandat und das ist demokratiepolitisch gefährlich und führt demokratisch praktisch zu einer Plutokratie oder was noch gefährlicher ist - und damit komme ich zu einem zweiten Schwerpunkt -, daß man sich einer fremden Hilfe bedienen muß, die die Mittel zur Verfügung stellt. Warum gefährlicher? Weil damit natürlicherweise Abhängigkeiten geschaffen werden, die spätestens nach Erfolg der Wahl, wenn der Kandidat das politische Mandat erreicht hat, eingelöst werden müssen durch

Maßnahmen zu Gunsten der entsprechenden Finanziers, die die Mittel zur Verfügung gestellt haben.

Das Ziel dieses Gesetzentwurf heißt Moralisierung der Wahlkämpfe. Nicht Geld und nicht allein die Glanzbroschüren und die Hochglanzfarbe sollen entscheiden, sondern die Qualität, der Einsatz, das Programm der Kandidaten. Nur, daß im Rahmen der Vordiskussion zu diesem Gesetzentwurf eine sogenannte Nulllösung propagiert worden war, auch von meiner Partei, wo man gesagt hat, am besten wäre wenn man überhaupt alles verbieten würde. Mit dieser Lösung kann sich dieser Gesetzentwurf nicht identifizieren, weil eine Nulllösung bedeuten würde, daß neue Kandidaten und neue Gruppierungen tatsächlich keine Chancen hätten sich darzustellen und damit nur jene Kräfte und jene Abgeordneten, die bereits das Mandat haben, sozusagen im Rampenlicht stehen würden. Gesucht wird also nicht das eine oder das andere Extrem, sondern ein ausgewogenes Mittelmaß, das es ermöglicht, auch mit Propagandamitteln die Programme kundzulegen und der Bevölkerung bekanntzugeben. Auf der anderen Seite braucht es allerdings ein ausgewogenes Maß, innerhalb gewisser Grenzen, damit das ganze System demokratisch bleibt und jedem dem Zugang eröffnet, auch wenn mit einem gewissem Opfer, denn einige Dutzend Millionen sind trotzdem notwendig. Dieses System soll Abhängigkeiten vermeiden und die Wahl tatsächlich zu dem machen, was sie sein soll, daß die besten unserer gesellschaftlichen Kräfte gewählt werden können.

Im Wahlkampf soll aber nicht beschränkt werden, was an persönlicher Begegnung zwischen den Bürgern und vor allem zwischen den Wählern und den Kandidaten möglich ist, deswegen hat dieser Gesetzentwurf aus der Beschränkung herausgenommen alles was in diese Richtung stößt, nämlich die persönliche Begegnung, den Kongreß, die Versammlung, den Stammtisch und alles was an Veranstaltungen gemacht wird, in denen die Menschen zusammenkommen, in denen die Kandidaten ihre Fragen stellen können, ihre Programme darlegen können und wo die Bürger ihre Fragen stellen können und ihre Anregungen mit auf den Weg der Politik geben können. In das Gewicht und in die Beschränkung fallen die Ankündigung dieser Versammlungen, die Propaganda dieser Versammlungen, nicht die Veranstaltung selbst, wo die Begegnung im Vordergrund stehen soll und wo damit eine Verlagerung des Wahlkampfes vom Hochglanzpapier sozusagen auf die menschliche Begegnung möglich sein soll und angestrebt wird. Wie erfolgt das in diesem Gesetzentwurf? Im zweierlei Formen. Einmal indem die Ziffern begrenzt werden über die Höhe und zum zweiten, indem die entsprechenden Instrumente bereitgestellt werden. Über die Ziffern kann man natürlicherweise immer diskutieren. Ich habe da vorgeschlagen pro Kandidat 45 Millionen Lire und 700 Lire pro Einwohner für jede Liste, was ungefähr 310 Million Lire bedeutet, je nach Provinz, und über diese Ziffern kann man diskutieren. Die einen sagen sicherlich sie ist zu hoch und die anderen sagen sicherlich sie ist zu niedrig und da kann man auch das Gespräch in der Debatte eröffnen. Ich habe gesagt, versuchen wir ein ausgewogenes Maß zu finden, das also wirklich auch die Darstellung der Programme ermöglicht und nicht Richtung Nulllösung geht und auf der anderen Seite nicht übertreibt. Festgelegt wird also eine Höchstsumme von 45 Millionen pro Kandidat,

wobei alle jene Werbe- und Propagandamittel hineinfallen, die irgendwie als Wahlkampf und Wahlpropaganda ausgelegt werden können, von den Medien bis zu den Drucksorten und Werbegeschenken bis hin zu den entsprechenden Vorstellungen usw., mit Ausnahme der Veranstaltungen. Wenn gruppenweise geworben wird, dann werden die Spesen einer Gruppe sozusagen proportional den einzelnen Kandidaten angelastet. Für jene Bemühungen, die zu Gunsten der gesamten Liste gehen, ist hingegen die zweite Grenze von 300 Millionen Lire vorgesehen, für all jene Werbung, die praktisch die Partei oder die Gesamtliste zugunsten ihrer Kandidaten macht. Gleichzeitig habe ich vorgesehen, daß ein Spielraum von 10% toleriert wird, sollte sozusagen aufgrund von Verfehlungen, von Mißachtungen usw. ohne bösen Willen die Summe nur geringfügig überschritten werden.

Das zweite sind die Instrumente, wie das überwacht wird. Das schönste Gesetz wäre Papier und für den Papierkorb bestimmt, wenn es nicht konkrete Sanktionen vorsehen würde. Es ist so wie bei anderen Gesetzen auch, wenn ein Verbotsschild zum Parken aufgestellt wird und es niemand überwacht, dann ist das natürlicherweise eine Einladung spätestens nach drei Tagen dort zu parken, weil man weiß, man kommt eh ungeschoren weg. Und das wäre dann wieder eine zweite Ungerechtigkeit, weil die Schlaunen belohnt und diejenigen, die sich an das Gesetz halten bestraft würden. Deswegen sind sehr strenge Sanktionen bei Überschreitung dieser Summen vorgesehen, und zwar gelangen diese nach dem Freiraum von 10% zur Anwendung, so daß sich dann niemand mehr hinausreden kann, ja da habe ich mich verfehlt oder das habe ich nicht gesehen. Nach diesem Freiraum kommt eine Verwaltungsstrafe zur Anwendung, die einmal bis dreimal so hoch ist wie die Überschreitung. Also wenn jemand 45 Millionen Grenze hat und 49,5 ausgibt, dann ist er in dieser 10%-Spanne drinnen, wenn er um 1 Million diese Summe überschreitet, dann würde diese Strafe verdoppelt, einfach diese Summe, die er überschreitet, als Strafe verhängt werden bzw. bis zu einer Verdreifachung in schweren Fällen. Die Höchststrafe ist bei doppelter Ausgabe der Verfall des Mandates, d.h. wenn jemand 90 ausgibt anstatt 45 dann ist der Verfall des Mandates vorgesehen.

**PRESIDENTE:** Mi dispiace collega, ma Lei ha esaurito il suo tempo, La prego proprio di chiudere.

**PETERLINI:** Ja, ich komme zum Schluß, es ist nur im Interesse aller und der Abgeordneten selbst, wenn man es ein bißchen darlegt, weil sich damit viele Rückfragen erübrigen und vielleicht ein Großteil der Diskussion über viele Details.

Die Sanktionen sind also sehr klar, sind verfassungsmäßig abgesichert, liegen auf der Linie des Staatsgesetzes 515, wo ebenfalls bis zu einer gewissen Grenze Verwaltungsstrafen und dann der Mandatsverlust vorgesehen ist. Die Überwachung erfolgt über eine eigene Kommission, die gleiche Kommission wie die 515 vorsieht, also die beim Oberlandesgericht die par conditio vorsieht. Die Berechnung. Viele haben gesagt, wie das kontrolliert werden soll. Das ist ganz ganz einfach. Jede Wahlwerbung zugunsten eines Kandidaten oder mehreren Kandidaten muß von diesem oder diesen

gegengezeichnet werden, ansonsten ist sie illegitim und somit strafrechtlich verfolgbar, so wie wenn jemand auf der Gemeindetür ein Plakat aufschlagen würde. Wenn also der Kandidat das gegenzeichnen muß, dann hat er auch die genaue Übersicht wieviel das kostet und kann sich auch nicht herausreden, ich habe nicht gewußt, daß diese und jene Gruppe das zu meinen Gunsten macht. Hineinfällt alles was innerhalb dieser Spesen zu seinen Gunsten gemacht wird. Die Zeit, in der das berechnet wird, sind 90 Tage vor der Wahl und damit habe ich die wichtigsten Aspekte erläutert. Ich mache darauf aufmerksam, mir ist in der Öffentlichkeit so quasi vorgeworfen worden, ja Oskar Peterlini geht jetzt und jetzt führt er sozusagen in einem Wahlkampf, an den er nicht teilnimmt, ein solches Gesetz ein. Ich habe das Gesetz eingebracht in der vorigen Legislaturperiode, wo ich selbst noch zur Debatte gestanden bin und es begrüßt hätte, wenn eine Begrenzung gekommen wäre. Das Gesetz ist damals, im letzten Regionalrat, mit knapper Mehrheit, 29 zu 29 wenn ich mich recht entsinne, abgelehnt worden. Aber persönlich und das kann ich in diesem Saal positiv anmerken jetzt, habe ich keine Interessen mehr und somit sehe ich es mehr aus der Sicht des Wählers und nicht des Politikers, der einfach die Notwendigkeit sieht, Einsparungen zu bringen, der es satt hat, daß der Postkasten überladen wird, aber auch zum Schutz der Kandidaten selbst und der neuen und bestehenden Kandidaten, die sich sonst gezwungen sehen, sich ins Unermeßliche zu steigern. Aber das wichtigste: Es ist ein Gesetz, getraue ich mich zu behaupten, das von der Bevölkerung gefühlt wird, von der man auf der Straße angesprochen wird und wenn die Menschen sagen, bitte macht das, weil es geht nicht an, daß die demokratischen Spielregeln durch Geld und Macht umgangen und die Sitze im Landtag einfach gekauft werden können. Danke schön, Herr Präsident.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di intervenire il cons. Leitner, ne ha la facoltà.

**LEITNER:** Danke, Herr Präsident. Wir Freiheitlichen werden diesem Antrag insgesamt zustimmen, weil damit eine Regelung geändert werden soll, wie sie sicherlich auch im Interesse der Bürger ist, wie sie im Interesse der Sparsamkeit ist, auch wenn ich - und das möchte ich vorweg schon sagen - gewisse Bedenken habe, wie man das alles letztendlich dann kontrollieren will. Aber daß die Wahlkämpfe der letzten Zeit ein Ausmaß angenommen haben, daß sie drohen zu reinen Materialschlacht zu werden, daß man da etwas entgegensetzen soll seitens des Gesetzgebers, dieser Meinung sind wir selbstverständlich schon.

Wenn das Grundanliegen jenes ist, eine Moralisierung, wie es Präsident Peterlini gesagt hat, hineinzubringen, dann ist das nur zu unterstreichen, nur mit der Moral in der Politik ist es halt so eine Sache. Wenn wir uns die Rangordnungen der Berufe anschauen, dann rangiert der Politiker derzeit schon sehr weit unten, wenn nicht ganz unten. Vielleicht ist das eine Möglichkeit, dem auch ein bißchen entgegenzuwirken. Deshalb ist die Zielsetzung sicherlich eine lobenswerte. In der Praxis wird man sehen was daraus eben wird. Ein Mandat sollte nicht käuflich sein, natürlich nicht, denn wenn ein Mandat käuflich ist, ist auch der Mandatar käuflich, also er kann sich ein Mandat entweder selber kaufen derzeit oder er läßt es sich durch andere, durch

Verbände usw. kaufen. Nur dann ist er nicht mehr unabhängig, dann kann er sein Mandat nicht mehr frei ausüben, dann hängt er ja bei seinen Geldgebern, bei seinen Förderern und das kann sicherlich nicht im Interesse der Politik sein.

Daß schlußendlich das Programm einer Partei und eines Kandidaten, einer Kandidatin, entscheidend sein soll, ist klar, nur bei dieser Art von Wahlkämpfen, wie wir sie zuletzt auch gesehen haben, ist nicht mehr das Programm entscheidend gewesen, meiner Meinung nach, weil man nur mehr in verkürzter Form mit Schlagworten überhaupt in der Lage ist, die Leute politisch anzusprechen. Das muß man sich überlegen, ob das zielführend ist für die Zukunft. Wir müssen ehrlich sein, wenn die Parteien schöne Wahlprogramme formulieren, wieviele Bürger lesen sie letztendlich. Das haben wir nicht in der Hand, das weiß ich schon, wenn aber in der Intensität, in der heißen Phase eines Wahlkampfes wirklich kiloweise Papier ins Haus geschickt wird, von allen Parteien, dann noch von den Kandidaten usw., dann ist es einem Bürger auch nicht mehr zumutbar, das alles noch zu lesen und die politische Arbeit erstreckt sich ja nicht nur auf die Wahlkampfphase, sondern auch auf die übrige Zeit einer Legislatur. Da sind gerade die kleinen Gruppierungen wieder darauf angewiesen, was die Medien aus der politischen Arbeit der einzelnen politischen Gruppierungen machen. Auf Südtirol bezogen heißt das ganz klar, wir haben einfach ein Übergewicht auf einer bestimmten Seite, im Klartext „Dolomiten“ beispielsweise. Wenn man dort nicht Liebling ist und man kommt nicht vor, dann hat man für den Bürger einfach nichts getan und das Lamento, das wir gerade in dieser Zeitung gelesen haben, daß man befürchtet, daß weniger Demokratie in den Briefkästen landet, also diese Befürchtung braucht genau diese Seite nicht zu sagen. Denn wenn sie fünf Jahre den Leuten Demokratie vorenthält, darf sie nicht den Moralisten spielen und sagen, jetzt fehlt die Demokratie bei den Wahlen. Also größere Scheinheiligkeit kann man sich sicherlich keine vorstellen.

Die Nulllösung ist natürlich eine Schnapsidee, ein absoluter Stumpfsinn muß ich sagen, denn das geht in die gleiche Richtung, da profitieren halt auch nur wieder die Großen, die in den Zeitungen eh gut vorkommen, dann brauchen sie natürlich keinen Wahlkampf mehr machen, wenn die anderen geschnitten werden. Die kommen dann nicht vor, Wahlkampf dürfen sie auch keinen mehr machen, ja was soll denn dann das. Wenn diese Vorschläge von einer Partei kommen, die die absolute Mehrheit hat, dann muß ich sagen geht das in Richtung Demokratieabschaffung. Das würde niemals gehen. Es freut mich, daß auch Präsident Peterlini hier diesem Vorschlag eine klare Absage erteilt hat. Das Problem stellt sich insbesondere für die großen Parteien, vor allem in Südtirol für die Südtiroler Volkspartei und nicht sosehr für die kleinen. Also wir haben mit diesem Gesetz nicht nur keine Schwierigkeiten, wir begrüßen es, weil es ein bißchen einen Ausgleich schafft auch gegenüber den größeren. Denn es ist ja nicht nur so, daß der einzelne Kandidat das Geld ausgibt, sondern was bei uns ganz stark ins Gewicht fällt, das sind die Vereine, Verbände usw.. Und wenn jetzt beispielsweise - ich zitiere zwei Beispiele - der Südtiroler Bauernbund hergeht und sagt in seinem wohlgeordnet mit Steuergeldern geförderten Organ, wir unterstützen nur Kandidaten und keine Partei, dann ist das eine reine Augenauswischerei, denn um diese Kandidaten zu wählen, muß man zuerst die Partei wählen und die gehören alle der gleichen Partei an. Und wir

werden es erleben wie das letzte Mal, schlußendlich wird auch das Parteizeichen vorkommen. Wie Politik gemacht wird und wie auch Wahlwerbung gemacht wird sieht man auch wenn man beispielsweise in einem Vereinsorgan zitiert wird, falsch zitiert wird als politische Bewegung, man möchte dann eine Richtigstellung, dann wird sie nicht abgedruckt. Man will einen Leserbrief veröffentlichen, dann wird er nicht abgedruckt, weil politische Meinungen nicht abgedruckt werden, aber natürlich nur von einer Seite. Den Vogel abgeschossen hat in diese Richtung der Direktor des HGV Engl in der letzten Vereinszeitung, wo er einfach schreibt: „Danken muß man eben der Regierungspartei. Immerhin haben die Oppositionsparteien in der abgelaufenen Legislaturperiode konsequent gegen unsere Anliegen gestimmt, in Einzelfällen sich der Stimme enthalten, aber niemals dafür gekämpft.“ Ich finde das nicht nur eine große Frechheit, denn das ist wirklich Betrug am Volk, wenn man in einer mit Steuergeldern geförderten Zeitung solche Dinge sagen kann und Kollege Berger möchte es seinem Direktor ausrichten, daß das einfach falsch ist. Wir Freiheitlichen haben beispielsweise für die Abschaffung der Konzessionsgebühren gestimmt, wir waren für die Aufhebung des Bettenstopps, genau Dinge die er zitiert, wir waren für die Reduzierung der Heizölsteuer usw. Er soll ruhig sagen, daß wir gegen das Raumordnungsgesetz insgesamt gestimmt haben, aber nicht gegen einzelne Bestimmungen, das ist eine totale Falschinformation mit Steuergeldern im Wahlkampf. Und solche Dinge sollten schon unterbleiben. Das hat nicht nur mit Anstand nichts zu tun, ich finde das gelinde gesagt eine große Frechheit zum Schaden auch der Demokratie.

Was die Strafen schlußendlich anbelangt, da habe ich meine Bedenken, ob das rechtlich so in dieser Form wie es vorgeschlagen ist überhaupt geht. Ich bin kein Jurist, ich habe hier meine Zweifel, denn einem Politiker das Mandat zu entziehen durch ein Gericht, wenn er vom Volk gewählt ist, ich weiß nicht ob das so ohne weiteres möglich ist. Aber möglicherweise hat man auch diese Punkte im Vorfeld abgeklärt. Hier hätte ich schon meine Bedenken, aber wie gesagt, alles in allem ist es ein Schritt in die richtige Richtung, der darauf abzielt, mehr Chancengleichheit zu bringen im Interesse der Demokratie und wie gesagt für uns selber, für die kleinen Parteien stellt sich das Problem in dieser Form nicht. Wenn man davon ausgeht, daß eine kleinere Partei eins, zwei, drei Mandate schaffen kann, dann ist es kein großes Problem, denn dann ist auch nicht so schnell jemand bereit, weiß Gott wieviel Geld persönlich in einen Wahlkampf hineinzustecken. Bei einer großen Partei hingegen ist diese Tendenz viel viel stärker, weil die Aussicht, ein Mandat zu holen, doch viel viel größer ist und dann auch ein Kandidat oder eine Kandidatin eher bereit ist etwas zu riskieren. Aber wir dürfen eines schlußendlich auch nicht vergessen: Wenn die Bevölkerung sieht, daß ein Kandidat, eine Kandidatin bereit ist, hundert und mehr Millionen Lire in einen Wahlkampf zu stecken, dann wird man sich auch sagen, das muß ein tolles Geschäft sein, das muß sich wirklich lohnen, denn hundert, hundertfünfzig, zweihundert Millionen zu investieren, um möglicherweise eine Legislaturperiode dann zu sein, also da muß man schon fragen, welchen Sinn hat das. Also wenn man so viel Geld in ein Projekt investiert, dann muß schlußendlich etwas dabei heraussehen wird sich der Bürger auf der Straße denken,

entweder für den Kandidaten selber oder aber für eine bestimmte Gruppierung. Das sollte man unterbinden, deshalb alles in allem werden wir diesem Vorschlag zustimmen.

**Präsident Peterlini übernimmt den Vorsitz**  
**Assume la Presidenza il Presidente Peterlini**

**PRÄSIDENT:** Danke. Ich wollte nur etwas zur Prozedur sagen. Nachdem es eine Neuvorlage war von einem gesamten Gesetz de facto, hat mir Präsident Tretter vorhin eine Erläuterung gegeben, aber genau genommen müßten wir jetzt die Abänderungen dazu verlesen und zu diesen diskutieren. Abg. Zendron, Sie haben jetzt das Wort. Ich möchte jetzt nicht zweierlei Maße anwenden, wenn Sie trotzdem also grundsätzlich etwas sagen wollen, sonst würde ich jetzt zu den Abänderungen gehen. Wie Sie wollen. Es stehen Ihnen zehn Minuten zur Verfügung. Bitte.

**ZENDRON:** Presidente, lo so che è un po' inusuale, però credevo di avere capito la proposta da lei fatta e cioè che si procedesse con una discussione breve sull'articolo, con una presa di posizione complessiva e poi per quello che mi riguarda magari sugli emendamenti rinuncerò.

*(interruzione)*

**ZENDRON:** A me sembra più ragionevole, perché qui potremmo entrare in molti particolari e fare una discussione fino all'osso, per vedere se 45 milioni, per me sono un'esagerazione, comunque devo dire che questa legge cerca di introdurre dei limiti, voglio dire qui che sono d'accordo che si introducano alcuni limiti, affinché il nostro benessere materiale non si trasformi poi in un boomerang, per cui noi peggioriamo la qualità della politica, proprio utilizzando più soldi e questo è quello che è già avvenuto, perché sappiamo che qui ci sono consiglieri che sono stati eletti con centinaia di milioni di campagna elettorale o propri, ma più frequentemente di altri, di gruppi che hanno diritto di condizionare la loro funzione, il loro mandato politico.

Ci dobbiamo sempre riferire all'art. 63 della costituzione, che svincola il mandato politico da vincoli di altro genere, anche da quelli dei partiti, perché quella è l'intenzione, ma questo è ancora un altro discorso.

Credo che quindi sia giusto dare l'adesione ad un disegno di legge, che si propone dei limiti, vorrei però anche dire che non mi aspetto che ci sia una moralizzazione, non vorrei che insorgessero illusioni, per cui qui moralizziamo il mondo dei mass media, per cui da domani tutti si comportano bene, eccetera.

Ho letto recentemente un articolo, che era il risultato di uno studio sulla Neue Züricher Zeitung, che scriveva una cosa molto vera dei mass media italiani e cioè per quello che riguarda la politica i mass media italiani parlano solo dei litigi fra l'uno e l'altro, ma raramente parlano del contenuto del litigio o delle proposte che vengono fatte, a tal punto che i risultati dell'azione di governo, addirittura anche nelle questioni

economiche ci sono pochissimo sui giornali, solo sulle pagine economiche, mentre i grandi titoli sono sui litigi dei vari leader.

Sono andata a leggere i giornali pensando a questa cosa e devo dire che è vero, è un po' quello che succede da tutte le parti, ovviamente sempre, ma in campagna elettorale è particolarmente drammatico per il cittadino capire che cosa può votare, se non riesce mai a sapere cosa pensa il candidato, cosa pensa il partito, ma se tutto è fatto di fumi, dei famosi scoop, eccetera. Questa però è una questione più generale di preparazione, di educazione, di sensibilità, non possiamo poi pretendere che gli uni siano migliori degli altri, quindi non è che con una legge possiamo davvero incidere tanto su questo, con questa legge però mettiamo alcuni confini e diciamo che la politica non può essere solo politica-propaganda, politica-spettacolo, una tendenza che si va affermando con il tempo, sempre di più contano le fotografie, le immagini e sempre meno i contenuti, ma invece almeno a questa tendenza deve essere posto un limite. Sono tra coloro che sempre hanno sostenuto e sono profondamente convinta che la politica dovrebbe rientrare in un ordine di cose più normali, la politica è questo nobile mezzo, strumento per governare, per decidere quello che abbiamo di collettivo, probabilmente molte cose private dovrebbero uscire dalla competenza della politica, perché il privato dovrebbe aumentare, ma quello che è collettivo dovrebbe essere deciso con assennatezza, con una rappresentanza reale della società, che qui non c'è, perché mancano le donne e quindi questa non è una rappresentanza veramente reale o democratica e mancano anche altri.

Questa è una cosa che poco emerge, però se la rappresentanza è reale, se gli interessi che sono portati sono veri, i veri bisogni della società, allora è anche più semplice trovare le soluzioni all'interno delle istituzioni democratiche. In ogni caso l'utilizzo di una quantità di denaro smodata, senza limite, fa sì che questa rappresentanza sia molto più irrealistica, molto meno adeguata a quella che è la realtà esterna, che sia meno rappresentanza e quindi credo che basterebbe questo motivo generale per dire che questa legge introduce un elemento di virtuosità all'interno della nostra politica.

Vorrei dire che sono anche d'accordo sul fatto di estendere da un mese a tre mesi, perché abbiamo avuto i grandi esempi dei partiti, come Forza Italia è un partito nato in televisione, pompato con miliardi e miliardi e che poi è rientrato nelle spese normali nell'ultimo mese, vorrei anche dire e mi auguro che questo dovrebbe essere un impegno, che poi la commissione che fa i controlli sia ragionevole e non succeda come è accaduto per le politiche, ad esempio ai Verdi di questa Regione, con me come candidata, che abbiamo speso 3 milioni e mezzo di propaganda elettorale, poi per un errore nella legge ci è stato chiesto di pagare 100 milioni di multa. Anche qui la severità va bene, ma ci deve essere l'adeguatezza all'infrazione, non abbiamo pagato perché poi la legge è stata opportunamente interpretata, c'è stata un'interpretazione modificata, perché era assurdo la ragione stessa che era stata imputata. Anche qui la severità è una cosa apprezzabile, deve essere una severità adeguata a quella che è l'infrazione che si commette.

Comunque in generale siamo favorevoli a questo disegno di legge.



**PRÄSIDENT**: Danke, Frau Abg. Zendron. Der Abg. Pinter hat sich zu Wort gemeldet. Prego, consigliere.

**PINTER**: Grazie Presidente. Ho già avuto modo la scorsa legislatura di affrontare questo problema e di intervenire su questa proposta di legge, anche se adesso è stata modificata e ricordo purtroppo che lo scorso Consiglio ha ritenuto di bocciare la proposta di legge, grazie anche al voto contrario di buona parte dello SVP, che non aveva voluto questa legge.

Non vorrei che oggi facessimo un lavoro inutile, spero che ci sia una sufficiente volontà da parte dell'aula di arrivare ad una conclusione positiva del provvedimento legislativo e non soltanto per il fatto che assieme a queste norme sulla propaganda discuteremo di norme tecniche necessarie per l'elezione del Consiglio regionale.

Devo dire che condivido i principi ispiratori della proposta, come condivido i principi ispiratori della normativa nazionale. Quello che mi lascia invece perplesso è l'efficacia degli strumenti individuati da questa proposta di legge, come dalla legge nazionale, per ottenere il risultato che viene prefissato. Il risultato dovrebbe essere quello di evitare una indebita pressione di carattere finanziario economico, da parte di gruppi, imprese o soggetti comunque cittadini, che condizionerebbero pesantemente la campagna elettorale, dirottando finanziamenti consistenti a favore dei candidati o delle singole liste.

Questo è un problema, tutti lo riconosciamo, non c'è ombra di dubbio e lo dimostra il procedimento della Magistratura in Sicilia, l'ultimo che ha messo in stato d'accusa un parlamentare della nostra Repubblica, il quale, dalle registrazioni raccolte, veniva chiaramente chiamato a rispondere del proprio operato non dagli elettori, ma da un gruppo mafioso che avrebbe finanziato la campagna elettorale, o avrebbe garantito comunque l'elezione di questo parlamentare.

E' chiaro che se le cose vanno in questo modo nel nostro paese c'è di che essere estremamente preoccupati, non è una novità che ci sia il voto di scambio, da quando c'è un sistema parlamentare si registra più o meno ovunque questo rischio del voto di scambio, però il voto di scambio è una cosa, l'acquisto del consenso attraverso strumenti di carattere anche finanziario ed economico, è una cosa diversa, perché evidentemente non lega soltanto l'eletto ad un voto di scambio con l'elettore, ma lega appunto ad una dipendenza assolutamente criminale, perché non è più la sovranità delle idee e la libertà del mandato, ma diventa un mandato vincolato rispetto a precisi interessi di carattere economico.

Dicevo però che, se questo obiettivo è importante e quindi è importante evitare che qualcuno possa usare la propria ricchezza, il proprio potere economico per condizionare l'esito delle elezioni, il problema è vedere quali strumenti si debbano mettere in atto per limitare questo fenomeno. Allora, abbiamo delle norme di legge qui contenute, che hanno il limite di essere poco efficaci nel raggiungere questo risultato e mi spiego il perché. Noi poniamo dei limiti di spesa alla lista ed ai candidati, però prima

questione non sempre le sanzioni sono così importanti da obbligare la lista ed il candidato a rispettare i limiti, perché se pago una multa già ho i soldi per pagarmi quello che voglio in campagna elettorale, pagherò anche la multa, l'unica sanzione efficace è la decadenza dal mandato, altrimenti tutto il resto lascia il tempo che trova, allora questa scatterebbe quando la violazione sia superiore al doppio del limite, allora già pongo un limite, però ti dò la tolleranza del doppio, evidentemente non sono tanto d'accordo, la formulazione iniziale che poneva il 30% mi sembrava più significativa, perché porre già il doppio vuol dire che puoi spendere 600 milioni e se lo fai mi paghi una sanzione, che è poca cosa, perché se uno ha 600 milioni per la campagna elettorale avrà anche quelli per la lista e per pagare la sanzione.

Il problema di cosa rientra all'interno delle spese elettorali, allora alcuni accorgimenti sono stati fatti rispetto al testo originale, che addirittura escludeva negli avvisi, il pubblico annuncio, eccetera, se uno deve controllare le spese per la propaganda elettorale, a mio modo di vedere deve farci rientrare assolutamente tutto, perché se cominciamo a derogare, faccio un esempio, qui si dice un forfait per quello che riguarda le spese telefoniche, amministrative, eccetera, allora sappiamo che tra i metodi moderni di campagna elettorale esiste quello del contatto telefonico diretto con gli elettori, allora se uno mi fa rientrare 400 mila telefonate in Regione tra le spese telefoniche amministrative, non ci siamo, perché evidentemente questo è un pagamento di una specifica propaganda elettorale.

L'esempio più macroscopico è il problema dell'accesso ai mass media, alla televisione in modo particolare, cioè dove abbiamo trovato un vero stravolgimento delle regole della campagna elettorale negli ultimi anni, dov'è che ha pesato il potere economico nella propaganda elettorale? Lo è stato prima con l'azione massiccia di spot che avevano inondato tutte le televisioni, che avevano condizionato in modo forte la possibilità che l'elettore venisse a conoscenza di quali liste erano in lizza, di quali candidati, eccetera, che poi questi spot spesso non sono stati fatti in modo diretto, esplicito, a pagamento, ma spesso sono stati spot indiretti, cioè laddove ad esempio Berlusconi ha potuto usare tre televisioni per farsi campagna elettorale e farla in maniera "legittima", perché non è che necessariamente pagava la propria televisione, perché lì potesse dare un ritorno di immagine, evidentemente era un'azione del tutto garantita e gratuita, anche perché passava direttamente attraverso i notiziari, i telegiornali, tutte le trasmissioni, i dibattiti, le presenze, eccetera.

Allora è chiaro che noi, se siamo di fronte ad una propaganda elettorale, che permette l'invasione dei mezzi di comunicazione, dei giornali o delle televisioni e lo permette non tanto a fronte di un pagamento, di un corrispettivo che potrebbe essere controllato, ma sulla base di rapporti di controllo di queste società o comunque di rapporti economici e di potere, che permettono il gratuito passaggio televisivo, allora noi ci troviamo di fronte ad una palese alterazione delle regole dell'accesso alla campagna elettorale, della parità di accesso da parte di tutti i candidati alle liste.

So che negli ultimi tempi ci sono state delle discussioni sui paradossi che hanno portato ad alcune limitazioni della propaganda elettorale, ma il dato di fatto è che oggi come oggi ci sono liste, candidati che possono usare del potere economico, di

categorie, di associazioni, di imprenditori, che sostengono in maniera non esplicita in termini di spesa, ma in maniera esplicita in termini di uso di queste associazioni economiche, dell'uso degli organi di informazione, dell'uso delle televisioni per fare la loro propaganda elettorale.

Allora se volevamo discutere di una legge efficace, dovevamo mettere delle sanzioni efficaci, cioè decadenza del mandato e soprattutto affrontare quello che la legge nazionale non ha voluto affrontare e cioè l'accesso agli organi di informazione, alle televisioni, dove questo doveva essere assoluto, la mia idea è che ad esempio negli ultimi 60 giorni di campagna elettorale nessuno può accedere a nessun organo di informazione o mass media se non in modo paritario con gli altri candidati e le altre liste, se questo non è possibile si ritorni a fare campagna elettorale nell'unico modo possibile, cioè attraverso la propaganda tradizionale, non attraverso la propaganda che può essere acquistata.

In conclusione, credo che questo disegno di legge sia un piccolissimo palliativo rispetto la situazione di distorsione che si è registrata rispetto al problema della propaganda elettorale della parità di accesso. Piuttosto che niente è chiaro che anch'io sono disposto a sostenere questo disegno di legge, ho fatto delle proposte emendative, che cercano di rendere più forte, più efficaci questi vincoli e questi limiti alla propaganda elettorale, mi auguro che mi venga data una risposta nel merito, rispetto a queste proposte, perché qui non si tratta di sventolare una bandierina, si tratta di vedere se concordiamo su questi minimissimi interventi di limitazione dello strapotere economico nella propaganda elettorale, sperando però di andare al di là dell'ipocrisia, Presidente, perché se qui qualcuno fa finta di firmare le proposte di legge e poi nel segreto dell'urna le boccia, come è stato abituato da parecchio tempo, allora dovrebbero avere la cortesia di dircelo subito, che non perdiamo il nostro tempo.

### **Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter** **Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz**

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di intervenire la cons. Chiodi, ne ha facoltà.

**CHIODI:** Credo che la parte finale dell'intervento del collega Pinter, sia un augurio che ci dobbiamo fare tutti, anche vedendo come procedono i lavori di quest'aula, perché continuiamo a richiedere giornate di lavoro e poi magari tutto finisce come abbiamo visto in questi giorni, anche se il collega Romano è riuscito a portare a casa il suo raffazzonato disegno di legge sul pacchetto famiglia.

Credo che con questo disegno di legge abbiamo riscritto e modificato una piccola occasione per incominciare a parlare di questi argomenti e magari anche con alcuni emendamenti sistemare questo disegno di legge, che rileggendo anche le proposte che sono state fatte, in via di principio ci trova d'accordo.

Credo sia giusto che in quest'aula si cominci a discutere sui limiti di spesa, ma si cominci anche a capire che dobbiamo tentare di riuscire a votare alla fine un

disegno di legge il più possibile organico e veritiero, in modo che anche per le nostre campagne elettorali si comincia ad intervenire nel giusto.

Ascoltando altri colleghi intervenuti, credo sia ora e tempo di mettere dei correttivi a questo, perché come trentini possiamo portare l'esempio di una grossa associazione trentina, che aveva superato tutti i limiti in passato, che aveva messo a disposizione dei candidati di una certa corrente, addirittura i soldi dei contribuenti per la campagna elettorale. Credo che i trentini questo passaggio se lo ricordino e ritengo sia questa una delle cose più grandi da condannare. Di conseguenza credo che molti di noi hanno sempre parlato di trasparenza, di "moralità", in questo disegno di legge abbiamo l'occasione per arrivare a dare fiato e risposta a delle cose, che molte volte negli interventi dei nostri Consigli, quando si arriva vicino alle elezioni, molti colleghi ne parlano, soprattutto in Consiglio regionale avviamo questi esempi.

La collega Zendron prima accennava che ci sono dei gruppi sociali che sono decisamente più deboli delle lobbies economiche e poiché si vede in maniera numerica nel nostro Consiglio regionale, prendiamo l'esempio legato alle donne, non ci sono, perché la maggioranza delle volte queste rappresentanze fanno riferimento a dei gruppi sociali che sono decisamente più deboli a livello economico, perché perseguono un obiettivo di politica e di rappresentanza vera per portare la voce dei cittadini all'interno di queste aule e vengono 'uccisi' dalle lobbies economiche, che invece vogliono portare in queste aule i loro rappresentanti, investendo molti e molti milioni.

Voglio essere breve, perché non voglio perdere l'occasione di non andare avanti con i lavori, credo che in linea di principio sia un buon passaggio quello che stiamo facendo, sono costi che mi sembrano molto alti, anche perché se penso ai soldi che impegnamo nella nostra campagna elettorale decisamente se siamo arrivati a questa cifra così non è, credo sia un piccolo passaggio in avanti, credo varrebbe la pena non perdere l'occasione per rendere questo disegno più concreto e per dare una risposta verso l'esterno, che non è solo quando parliamo di campagna elettorale che ci scandalizziamo, perché se andiamo a prendere la rassegna stampa del dopo elezioni credo ci siano dichiarazioni scandalistiche su questi argomenti riguardanti tutti, anche quelli che hanno usati moltissimi soldi, credo che riusciamo a dare una risposta anche alla società civile, meno ricca delle lobbies economiche e credo che in questo passaggio dobbiamo fare il possibile per rendere questo disegno di legge più organico.

Il nostro gruppo in linea di principio è d'accordo su questo disegno di legge e spero che questo provvedimento oggi possa addirittura vedere la luce in questa giornata di lavori.

**Präsident Peterlini übernimmt den Vorsitz**  
**Assume la Presidenza il Presidente Peterlini**

**PRÄSIDENT:** Danke, Frau Abg. Chiodi. Ich wollte nur zum Procedere und zur Mittagspause sagen, daß die SVP-Fraktion angekündigt hat, daß sie von 13.00 bis 15.00 Uhr Fraktionssitzung macht. Also würde ich bitten, daß diejenigen, die diesen Vorschlag gemacht haben, ich glaube es war Abg. Pinter oder die Abg. Minniti und

Holzmann, sich mit dem Fraktionssprecher unterhalten, weil wenn dem so ist, dann ist es schwierig.

Danke schön. Der nächste Redner? Niemand mehr? Dann schließen wir diesen grundsätzlichen Teil ab und wir kommen zu den Abänderungsvorschlägen.

Ich wollte nur grundsätzlich sagen, ich danke für die Unterstützung, ohne daß ich jetzt einzeln wiederhole. Ich glaube, daß die Überprüfungsmöglichkeit gegeben ist, und zwar durch die Konkurrenz. Jeder kann dieser Wahlbehörde Zettel und Unterlagen vorlegen und dann wird geprüft, ist das gemeldet worden oder nicht. Wenn es nicht gemeldet worden ist, dann wird es doppelt so hoch in die Rechnung miteinbezogen. Die Behörde selbst ist eine richterliche Behörde und somit also politischen Einflüssen entzogen. Die Bereitschaft, auch Abänderungen zu machen ist meinerseits gegeben, ich möchte nur darauf aufmerksam machen, Abg. Pinter, es ist sehr umkämpft und ich möchte nicht haben, daß Einzelheiten, die die einzelnen Abgeordneten wünschen, dazu führen, eine gute Ausrede zu bilden, damit das Ganze fällt. Ich würde also ein bißchen Rücksicht nehmen auf diesen Punkt, ansonsten muß ich sagen, haben alle dafür geredet und ich danke Ihnen, daß Sie darin ein Gesetz sehen, das, wenn auch nicht zur Moralisierung der Politik beiträgt, wie die Frau Abg. Zendron gesagt hat, zumindest zur Moralisierung dieser Aspekte des Wahlkampfes beiträgt.

Abg. Pinter wollten Sie etwas sagen?. Ich wollte jetzt zu den Abänderungen kommen. Dann kommen wir jetzt zu den Abänderungen, und zwar der erste ist von der Abg. Eva Klotz, Protokollnummer 11959. Bitte Abg. Denicolò.

#### DENICOLÒ:

##### Art. 1

Im Art. 1 des Gesetzentwurfes Nr. 4/XI wird unter dem neu einzufügenden Art. 14bis Absatz 1 die Zahl 45 durch die Zahl 10 ersetzt.

##### Art. 2

Im Art. 1 des Gesetzentwurfes Nr. 4/XI wird unter dem neu einzufügenden Art. 14ter am Ende des Abs. 3 folgender Satz hinzugefügt: „Es ist ferner ab dem 60. Tag vor jenem, der dem für die Wahlen festgelegten Tag vorausgeht verboten, in Zeitungen und Zeitschriften sowie im Fernsehen und Rundfunk und in allen Wahlwerbeunterlagen bzw. Wahlwerbemitteln der Parteien und Kandidaten Umfragen betreffend die Regionalratswahlen und die einzelnen an den Wahlen teilnehmenden Kandidaten und Parteien zu veröffentlichen.“

##### Art. 3

Im Art. 1 des Gesetzentwurfes Nr. 4/XI wird unter dem neu einzufügenden Art. 14ter folgender Absatz 7 hinzugefügt: „Verbänden, Vereinigungen und Gewerkschaften, die gemeinnützigen Charakter haben, die Begünstigungen der Volontariatsbestimmungen in

Anspruch nehmen, Patronatsdienste leisten oder in irgendeiner Form Mittel aus den öffentlichen Haushalten enthalten, ist ab dem 60. Tag vor jenem, der dem für die Wahlen festgelegten Tag vorausgeht, jegliche Werbetätigkeit für Kandidaten und für Parteien verboten.“

**PRÄSIDENT:** Prego Willeit.

**WILLEIT:** Emendamento al disegno di legge n. 4/XI:

Art. 1

Al comma 1 dell'art. 14 bis, introdotto dall'art. 1 del disegno di legge 4/XI, la cifra 30 è sostituita dalla cifra 10.

Art. 2

Al termine del comma 3 dell'art. 14 ter, introdotto dall'art. 1 del disegno di legge 4/XI, è aggiunto il seguente periodo: “A partire dal sessantesimo giorno antecedente la data fissata per le elezioni è inoltre vietato pubblicare sondaggi sulle elezioni regionali e sui singoli candidati e partiti che partecipano alle elezioni sui giornali, riviste nonché diffonderli alla radio o televisione o a mezzo di qualsiasi pubblicità elettorale o strumento di propaganda elettorale dei partiti e dei candidati.

Art. 3

All'art. 14 ter, introdotto dall'art. 1 del disegno di legge 4/XI, è aggiunto il seguente comma 7 “Nei 60 giorni antecedenti la data fissata per le elezioni è vietato alle associazioni, unioni o sindacati ad utilità sociale che si avvalgono delle agevolazioni previste da norme relative al volontariato, che svolgono servizi di patronato o ricevono finanziamenti pubblici sotto qualsiasi forma, fare qualsiasi tipo di propaganda elettorale a favore di candidati o partiti.”

**PRÄSIDENT:** Danke, die Frau Abg. Klotz hat das Wort zur Erläuterung.

**KLOTZ:** Ganz kurz. Ich hatte in der vorausgehenden Debatte nicht das Wort ergriffen, weil diese Abänderungsanträge klar zeigen, daß wir für eine Beschränkung der Wahlwerbung bei den Regionalratswahlen sind, und zwar für eine drastische Beschränkung.

Der erste Antrag läuft darauf hinaus, daß eben das Höchstlimit jenes Betrages, den der einzelne Kandidat ausgeben können soll, nicht 45 Millionen betragen soll, sondern 10 Millionen Lire. Dies deshalb, weil wir der Meinung sind, daß die Grenze unter der Hälfte des Durchschnittseinkommens eines Bürgers liegen sollte. Wenn man das Durchschnittseinkommen zwischen 20 und 30 Millionen Lire ansetzt, sollte man unter der Hälfte bleiben, wir schlagen 10 Millionen vor. Gehen wir davon aus, daß eine Partei sowieso an die 300 Millionen Lire für einen Wahlkampf ausgeben kann - es sind nach meiner Rechnung sogar an die 315 Millionen, die die Partei oder

Gruppierung ausgeben kann - und der einzelne Kandidat dann noch einmal 10 Millionen für Eigenwerbung ausgeben kann, so ist auch das eine schöne Summe, denn für 10 Millionen Lire kann man wirklich sehr sehr viel tun, kann man sehr viele Broschüren, Flugzettel oder Handzettel drucken lassen. Das ist der erste Antrag.

Der zweite Antrag bezieht sich auf die gerechte Berichterstattung, auf die Vermeidung von Manipulation durch Umfragen, denn Umfragen können die perfekte Manipulation sein. Infolgedessen wird hier eben verlangt, daß ab dem 60. Tag vor jenem, der dem für die Wahlen festgelegten Tag vorausgeht, ein Verbot gelten soll, in Zeitungen, Zeitschriften, Fernsehen, Rundfunk und anderen Wahlwerbeunterlagen und Werbemitteln der Parteien, Umfragen betreffend Kandidaten oder Parteien zu veröffentlichen. Auch das ist sehr wichtig.

Dann der nächste Antrag, um es hier kurz zu erläutern, daß all jene Verbände, Vereinigungen, Gewerkschaften, die gemeinnützigen Charakter haben, welche Begünstigungen durch das Volontariatsgesetz in Anspruch nehmen können, welche Patronatsdienste leisten oder in irgendeiner Form Mittel aus öffentlichen Haushalten erhalten, ab dem 60. Tag vor dem Tag, der für die Wahlen festgelegt ist, jegliche Werbetätigkeit für Parteien und einzelne Kandidaten unterlassen müssen. Das ist ein besonders wichtiger Antrag. Wir wissen ja wie es in Südtirol ist, ich brauch das nicht näher zu erläutern, jedenfalls ersuche ich die Kolleginnen und Kollegen diesen Anträgen zuzustimmen.

**PRÄSIDENT:** Danke. Wer meldet sich zu Wort zum Abänderungsantrag der Abg. Klotz? Niemand? Dann schließe ich die Debatte dazu ab. Ich wollte nur sagen, bitte verstehen Sie, daß ich einen gewissen Kompromiß halten muß, sonst fliegt das Ganze. Außerdem habe ich da von Frau Dr. Gentile ein ausführliches Buch über die Wahlwerbung und die Regelung der Wahlwerbung bekommen: Gianluca Gardini und Augusto Barbera, die sagen, daß eine zu strenge Herabsetzung der Wahlspesen bedeuten würde, daß das zum Nachteil der neuen Gruppierungen und neuen Kandidaten ginge, so daß auch das gefährlich wäre.

Wer mit dem Vorschlag der Abg. Klotz einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Wie Sie wollen. Getrennte Abstimmung. Zuerst der 1. Absatz: 45 durch 10 ersetzen. Wer damit einverstanden ist, die Zahl 45 durch 10 zu ersetzen, möge bitte die Hand erheben. 19 Ja-Stimmen. Wer stimmt dagegen. Gegen die Herabsetzung auf 10 Millionen. Wer enthält sich der Stimme? Herabsetzung auf 10 Millionen. Enthaltungen? 19 zu 19. Also wiederholen wir die Abstimmung. Namentliche Abstimmung? Wer schließt sich dem Antrag auf namentliche Abstimmung an? Danke. Bitte in alphabetischer Reihenfolge die Namen zu verlesen. Wir stimmen ab über den Antrag der Abg. Klotz, die Wahlspesen der Kandidaten auf 10 Millionen Lire herabzusetzen. Wir beginnen alphabetisch.

*(segue votazione per appello nominale)*

DENICOLO': Achmüller (*astenuto*), Alessandrini (*sì*), Andreotti (*no*), Atz (*nein*), Benedetti (*sì*), Benedikter (*ja*), Benussi (*sì*), Berger (*nein*), Binelli (*no*), Boldrini (*astenuto*), Bolzonello (*sì*), Bondi (*non presente*), Casagrande (*no*), Chiodi-Winkler (*sì*), Cigolla (*no*), Conci-Vicini (*no*), Dalbosco (*sì*), Delladio (*sì*), Denicolò (*nein*), De Stefani (*non presente*), Di Puppò (*non presente*), Divina (*astenuto*), Durnwalder (*nein*), Fedel (*non presente*), Feichter (*nein*), Frasnelli (*non presente*), Frick (*non presente*), Gasperotti (*sì*), Giordani (*no*), Giovanazzi (*no*), Grandi (*no*), Holzer (*no*), Holzmann (*sì*), Hosp (*nein*), Ianieri (*non presente*), Kasslatter Mur (*nein*), Klotz (*ja*), Kofler (*non presente*), Kury (*ja*), Laimer (*nein*), Leitner (*ja*), Leveggi (*non presente*), Mayr C. (*nein*), Mayr J. (*non presente*), Messner (*nein*), Minniti (*sì*), Montefiori (*sì*), Morandini (*sì*), Moser (*non presente*), Munter (*nein*), Muraro (*non presente*), Pahl (*non presente*), Palermo (*non presente*), Pallaoro (*non presente*), Panizza (*sì*), Passerini (*non presente*), Peterlini (*nein*), Pinter (*sì*), Romano (*non presente*), Saurer (*nein*), Tarfusser (*ja*), Taverna (*sì*), Tosadori (*non presente*), Tretter (*non presente*), Valduga (*no*), Vecchi (*sì*), Viola (*no*), Willeit (*sì*), Zanoni (*no*), Zedron (*sì*).

**PRÄSIDENT:** Ich darf das Abstimmungsergebnis über den ersten Absatz des Antrages Klotz bekanntgeben.

Abstimmende:	51
Ja-Stimmen:	23
Nein-Stimmen:	25
Stimmenthaltungen:	3

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der zweite Absatz, wir haben ihn schon verlesen, da geht es darum, die Umfragen 60 Tage vor den Wahlen zu verbieten. statt nur 15 wie das Staatsgesetz sagt.

Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Wer ist dagegen? Danke. Wer enthält sich der Stimme. 17 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum 3. Antrag. Er betrifft die Verbände, Vereinigungen und Gewerkschaften, die gemeinnützigen Charakter haben und die Begünstigungen erhalten. Sie dürften laut diesem Vorschlag 60 Tage vor den Wahlen jegliche Werbetätigkeit für Kandidaten nicht mehr ausüben. Wer damit einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. 17 Ja-Stimmen. Wer stimmt dagegen. Moment. Wir zählen noch einmal, bitte Abg. Denicolò und Willeit. Bitte die Hände oben halten. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. 22 Ja-Stimmen. Wer schließt sich dem Namensaufruf an? Danke. Wir stimmen namentlich ab. Bitte alphabetisch anfangen.

*(segue votazione per appello nominale)*

DENICOLO': Achmüller (*nein*), Alessandrini (*sì*), Andreotti (*non presente*), Atz (*nein*), Benedetti (*sì*), Benedikter (*ja*), Benussi (*sì*), Berger (*nein*), Binelli (*no*), Boldrini (*sì*),



Bolzonello (sì), Bondi (non presente), Casagrande (no), Chiodi-Winkler (sì), Cigolla (no), Conci-Vicini (no), Dalbosco (sì), Delladio (sì), Denicolò (nein), De Stefani (non presente), Di Puppo (non presente), Divina (sì), Durnwalder (nein), Fedel (non presente), Feichter (nein), Frasnelli (non presente), Frick (non presente), Gasperotti (sì), Giordani (no), Giovanazzi (no), Grandi (no), Holzer (no), Holzmann (sì), Hosp (nein), Ianieri (non presente), Kasslatter Mur (non presente), Klotz (ja), Kofler (non presente), Kury (ja), Laimer (nein), Leitner (ja), Levegghi (non presente), Mayr C. (nein), Mayr J. (non presente), Messner (nein), Minniti (sì), Montefiori (non presente), Morandini (sì), Moser (non presente), Munter (nein), Muraro (non presente), Pahl (non presente), Palermo (non presente), Pallaoro (non presente), Panizza (sì), Passerini (sì), Peterlini (nein), Pinter (sì), Romano (non presente), Saurer (non presente), Tarfusser (ja), Taverna (sì), Tosadori (non presente), Tretter (non presente), Valduga (no), Vecli (sì), Viola (sì), Willeit (sì), Zanoni (no), Zedron (sì).

**PRÄSIDENT:** Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	48
Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	22

Damit ist der 3. Teil des Abänderungsantrages genehmigt.  
Claudio Taverna dazu? Abg. Minniti? Prego, consigliere.

**MINNITI:** Grazie Presidente. Poiché penso sia importante unire il dovere al piacere e poiché si sa benissimo che nel pomeriggio di oggi si giocherà una partita dei mondiali, ritengo che questo Consiglio regionale dovrebbe poter anticipare i lavori alle ore 14.00, per poterli concludere alle ore 17.00, in questa maniera il Consiglio regionale non perderebbe nemmeno un minuto di quelli che sono i propri doveri istituzionali e quindi si procederebbe comunque a lavorare per il tempo previsto e si potrebbe dare l'opportunità, ai consiglieri che lo desiderano, di potersi recare dove vogliono per seguire una importante manifestazione mondiale.

Penso che potrebbe essere una soluzione responsabile questa, anche verso l'esterno, cioè di non perdere nemmeno un minuto del nostro dovere, ma di anticipare la riunione dalle ore 15.00 alle ore 14.00 e di anticipare anche la conclusione dalle ore 18.00 alle ore 17.00. Grazie.

**PRÄSIDENT:** Ich habe jetzt schon mehrmals den Antrag bekommen, die Mittagszeit zu kürzen und dafür früher aufzuhören. Ich habe dann gesagt, die Volkspartei hat mir gesagt, daß Fraktionssitzung ist und somit würde ich die Aula fragen und hören was man dazu sagt, weil man die Fraktionstermine normalerweise respektiert. Bitte Abg. Roland Atz. Es geht also darum, die Mittagszeit zu kürzen und um 17.00 Uhr die Arbeiten zu schließen.

**ATZ:** Es ist so, daß ich immer wieder, wie viele Kollegen sich erinnern können, hier einfordere, daß wir arbeiten sollen, daß wir weiterkommen mit den Gesetzen. Andererseits verstehe ich schon, daß es auch nicht viel Wert hat wenn wir uns was vormachen und dann die Beschlußfähigkeit fehlt. Ich muß aber wirklich sagen, daß wir von der Südtiroler Volkspartei schon seit längerem eine Fraktions-sitzung geplant haben zwischen 13.00 und 15.00 Uhr und deswegen ist es uns unmöglich, früher zu kommen. Ob Sie dann früher aufhören wollen, ich würde sagen, das soll die Aula sagen. Es hat nicht viel Wert, wenn wir da jetzt stur spielen und dann fehlt die Beschlußfähigkeit. Andererseits möchte ich aber doch darauf hinweisen, daß unsere Tätigkeit und unser Auftrag nicht lautet, irgendwelche Fußballspiele anzuschauen, sondern unser Auftrag lautet, hier Gesetze zu machen. Aber damit wollte ich sagen, Herr Präsident, vielleicht sollte die Aula darüber abstimmen. Aber bitte nicht vor 15.00 Uhr anfangen.

**PRÄSIDENT:** Abg. Atz, wie wäre es mit einem Kompromiß auf 14.30 Uhr?

**ATZ:** Nicht gerne, nicht gerne.

**PRÄSIDENT:** Wenn Sie einverstanden sind, dann würde ich über den Kompromiß abstimmen lassen. 14.30 bis 17.30 Uhr. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Es wird nur die Mittagspause um eine halbe Stunde verkürzt. Bitte zählen. Wer stimmt gegen die Verkürzung der Mittagspause? Also die Mittagszeit ist bestätigt. Wir werden schon sehen wie weit wir am Abend kommen. Wenn das Gesetz fertig wird, können wir sowieso früher gehen.

Nächste Änderung des Abg. Pinter:

Al comma 1 dell'articolo 14-ter che l'emendamento propone di introdurre nella legge regionale 8 agosto 1983, n. 7. le parole „lire 700“ sono sostituite dalle seguenti: „lire 500“.

Eine Herabsetzung der Summe für die Partei. Ich möchte jetzt nicht als Präsident, sondern als Einbringer folgendes sagen: Wenn da immer wieder Neuigkeiten kommen und alles heruntergedrückt wird, wird riskiert, daß die Mehrheit dagegen stimmt. Dann fliegt das ganze Gesetz, dann ist es zwar in eurem Sinne verbessert, aber das ganze Gesetz fällt. Das ist klar, weil damit die Mehrheit eine Begründung bekommt, das Gesetz abzulehnen. Ich sage das nur, danach macht jeder was er will.

Der deutsche Text lautet wie folgt: In Absatz 1 wird die Ziffer „700 Lire“ durch „500 Lire“ ersetzt.

Abg. Pinter, bitte

**PINTER:** Presidente, ho cercato di seguire l'evoluzione di questo disegno di legge, per quanto riguarda il limite di spesa prevista per la lista ed ho notato che è passato progressivamente dalle 400 lire alle 700 lire, allora non è che c'è stata una proposta iniziale delle 700 lire... se il Presidente Peterlini, dopo che ha terminato le sue conversazioni intercontinentali... dicevo che ho visto evolversi nelle varie proposte emendative di questa legge, il valore passato dalle 400 alle 700 lire. C'è un

ragionamento dietro questo? In realtà ho proposto un valore intermedio, cioè più alto di quello da lei inizialmente proposto e più basso di quello previsto che adesso si viene a discutere con questo emendamento. 700 lire vuol dire 320 milioni a lista circa, 500 lire vuol dire 220 milioni. Quindi non sono in ogni caso noccioline.

Credo che applicando i parametri della legge nazionale, che prevede valori molto diversi, perché parliamo di collegi elettorali con dimensioni diverse dalle nostre, mi sembrava che il valore intermedio fosse più corretto.

**PRÄSIDENT:** Danke, wer meldet sich zu Wort? Abg. Willeit bitte.

**WILLEIT:** Grazie signor Presidente. Premetto soltanto che considero questa legge una farsa per il tempo con cui viene presentata, discussa o approvata, una farsa per i fini che vuole raggiungere, fini di per sè nobili addirittura, ma che indubbiamente non vengono raggiunti, anzi sono convinto che il povero diventa ancor più povero, il ricco ancora più ricco attraverso queste limitazioni.

Del resto le sponsorizzazioni, i finanziamenti, i doni, così come vengono chiamati, fanno parte di una rapporto prettamente clientelare e presuppongono un dare affinché venga dato, attengono soltanto a chi ha il potere, a chi ha i mezzi in mano, non attengono ai concorrenti che non li hanno; dunque parlare qui da noi di sistemi americani è assolutamente fuori luogo! Andrà bene forse per lo SVP o per qualche altro partito di maggioranza, ma non per tutti gli altri, che non si sognano di raggiungere questi importi.

Ho preso la parola soltanto per riferirmi a questa proposta di limitazione. 700 a testa è esagerato, per molti di noi, 300 milioni è esagerato, ovviamente per lo SVP non è esagerato, è troppo poco, ma se è vero che si possono presentare liste anche con 3 candidati e se è vero che questa cifra va ridotta in proporzione ai candidati, i 700 diventano 30 ed i 500 diventano 15. Dunque se posso fare una lista e spendere 15 milioni è meglio che non la faccia probabilmente, perché non potrò mai concorrere con nessun altro.

Desideravo soltanto avvertire, con questo piccolo caso, quali incongruità vi sono contenute in questa legge, che sottopone il misero, l'impossibilitato a controllo, ma si toglie ad esso e sicuramente di fatto si toglie il controllo a se stesso, perché sarà lui a controllare e sanzionare quello che ha trasgredito.

**PRÄSIDENT:** Danke. Wer meldet sich noch zum Abänderungsantrag Pinter zu Wort? Niemand?

Ich möchte jetzt wieder als Einbringer replizieren, nicht als Präsident. Einmal möchte ich Sie informieren, was die Ziffern bedeuten. 500 und 700 bedeutet für jede Liste, daß statt 308 für Bozen und 314 für Trient 220 für Bozen und 224 für Trient vorgesehen werden, also rund fast 100 Millionen weniger. Ich bin als Einbringer nicht einverstanden, weil bei der Summe, die wir veranschlagt haben, nicht ganz 8,8 Millionen Lire pro Kopf berechnet werden und das, glaube ich, kann eine Partei schon ausgeben, wenn wir für die einzelnen Kandidaten 45 Millionen vorsehen. Was die

andere Norm betrifft, Abg. Pinter, wäre sie verfassungswidrig, weil wir mit Regionalgesetz nicht die Bestimmungen des Staatsgesetzes über die Abgeordnetenversammlung ändern können. Also muß ich ganz strikt dagegen sein, das wäre ein Rückverweisungsgrund.

Wir kommen damit zur Abstimmung. 700 lire sarebbe la somma che ho proposto. 314 per Trento e 308 milioni per Bolzano, che sono circa 8,8 per ogni candidato.

Ich mache nochmals darauf aufmerksam. Mit schönen Abänderungen, die jetzt im Sinne der Opposition durchgehen, wird das gesamte Gesetz in Frage gestellt. Ich mache Sie darauf aufmerksam.

Namentliche Abstimmung? Wer schließt sich dem Antrag an? Danke. Antrag des Abg. Pinter. Herabsetzung der Summe für die Parteien auf 500 Lire pro Einwohner. Appello nominale. Mit dem Abg. Pinter fangen wir an.

Können wir anfangen? Bitte mit dem Abg. Pinter beginnen.

*(segue votazione per appello nominale)*

**WILLEIT:** Pinter (*sì*), Romano (*non presente*), Saurer (*nein*), Tarfusser (*ja*), Taverna (*sì*), Tosadori (*non presente*), Tretter (*non presente*), Valduga (*no*), Vecchi (*sì*), Viola (*no*), Willeit (*sì*), Zanoni (*no*), Zendron (*sì*), Achmüller (*nein*), Alessandrini (*sì*), Andreotti (*no*), Atz (*nein*), Benedetti (*sì*), Benedikter (*ja*), Benussi (*sì*), Berger (*nein*), Binelli (*no*), Boldrini (*sì*), Bolzonello (*sì*), Bondi (*sì*), Casagrande (*no*), Chiodi-Winkler (*sì*), Cigolla (*no*), Conci-Vicini (*no*), Dalbosco (*sì*), Delladio (*sì*), Denicolò (*nein*), De Stefani (*non presente*), Di Puppò (*sì*), Divina (*sì*), Durnwalder (*nein*), Fedel (*non presente*), Feichter (*nein*), Frasnelli (*non presente*), Frick (*non presente*), Gasperotti (*sì*), Giordani (*no*), Giovanazzi (*no*), Grandi (*no*), Holzer (*no*), Holzmann (*sì*), Hosp (*nein*), Ianieri (*non presente*), Kasslatter Mur (*nein*), Klotz (*ja*), Kofler (*non presente*), Kury (*ja*), Laimer (*nein*), Leitner (*ja*), Levegghi (*non presente*), Mayr C. (*nein*), Mayr J. (*non presente*), Messner (*nein*), Minniti (*sì*), Montefiori (*non presente*), Morandini (*sì*), Moser (*non presente*), Munter (*nein*), Muraro (*non presente*), Pahl (*non presente*), Palermo (*sì*), Pallaoro (*non presente*), Panizza (*no*), Passerini (*sì*), Peterlini (*nein*).

**PRÄSIDENT:** Da wird es immer spannender. Es wird immer spannender, meine Damen und Herren. Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abstimmende:	54
Ja-Stimmen:	27
Nein-Stimmen:	27

Damit ist der Antrag, wenn auch knapp, abgelehnt.

Der Abg. Pinter hat den nächsten Antrag im Paket zurückgezogen, ...bitte ein bißchen Ruhe... der mit dem Buchstaben a) beginnt, 14-sexies-1, lettera a), emendamento Pinter ritirato, è la prossima pagina praticamente, la terza pagina del

pacchetto Pinter. Das dritte Blatt des Paketes Pinter ist zurückgezogen. Wir kommen zum fünften Blatt - 14-sexies-2. Ist dieser Punkt geklärt worden. Abg. Pinter wollte es technisch klären. Wir sind jetzt beim Blatt Nr. 5. Bitte Abg. Pinter. Soll ich ihn verlesen? Bleibt er aufrecht? Das fünfte Blatt. Er beginnt dann mit 14-sexies-2. Ritirato. Danke, zurückgezogen. Dann das 6. Blatt ist deutsch, dann kommt das 7. Blatt. Ich lese es vor:

Al comma 1, secondo periodo, dell'articolo 14 septies che l'emendamento propone di introdurre nella legge regionale 8 agosto 1983, n. 7, le parole „sia pari o superiore al doppio“ sono sostituite dalle seguenti: „sia pari o superiore al 30 per cento“.

Auf deutsch: Die Worte „entsprechen oder diese um das Doppelte zu überschreiten“ durch folgende Worte ersetzt: „entsprechen oder diese um dreißig Prozent überschreiten“.

Also da würde der Mandatsverlust, wenn ich richtig interpretiere, zum Unterschied von der Vorlage, die sagt bei Überschreitung des Betrages um das Doppelte, bereits bei Überschreitung von 30 Prozent eintreten. Abg. Pinter, möchten Sie zur Erläuterung das Wort?. Vuole la parola?

**PINTER:** E' più generosa, nel senso che prevede sia pari o superiore al doppio, peraltro a me la questione di principio mi pare importante, perché se stabiliamo che c'è un tetto di spesa, che è di 45 milioni per candidato e la sanzione effettiva scatta soltanto quando supera i 90 milioni, torno a dire non vedo perché fissiamo questo tetto dei 45, allora fissiamo 90 milioni! Se la sanzione è soltanto pecuniaria è evidentemente relativa, quindi capisco che uno non può rischiare il suo mandato perché sbaglia di 5-10-20 milioni, però più del doppio mi sembrava eccessivo, dopo di che so anch'io che la normativa nazionale stabilisce un tetto diverso, cioè più del doppio.

Decida l'aula.

**PRÄSIDENT:** Danke, Abg. Pinter. Sind weitere Wortmeldungen? Keine? Dann nehme ich als Einbringer Stellung.

Ich habe mich mit der doppelten Summe genau an das Staatsgesetz gehalten. Das Staatsgesetz sieht den Mandatsverlust bei Überschreitung um das Doppelte vor. Mir scheint es auch sinnvoll zu sein, weil ansonsten der Spielraum sehr eng wird und damit also auch möglicherweise von Rom die Gefahr besteht, rückverwiesen zu werden, indem man sagt: Ja da steht ganz was anderes als im Staatsgesetz steht. Deshalb würde ich bitten, auch im Sinne dessen, daß wenn man jetzt zu viel an dem Gesetz ändert, daß es dann nicht mehr durchgeht, es doch bei der Summe zu belassen, die wir gehabt haben, aber bitte.

Zur Abstimmung kommt jetzt der Antrag des Abg. Pinter nach 30% den Mandatsverlust vorzusehen. Namentliche Abstimmung? Sie haben das letzte Wort, Abg. Pinter, sie können sprechen. La ultima parola è sua, prego.

**PINTER**: Volevo chiedere una cortesia, cioè lei sta assumendo una funzione un po' strana in quest'aula, cioè il Presidente non può dire cosa si deve votare o non votare!

**PRÄSIDENT**: Sì, ha ragione, è giusto. Ich werde schauen, ob der Vizepräsident irgendwo erreichbar ist. Ich habe schon am Anfang gesagt, daß es mir leid tut, daß ich da in Doppelfunktion bin. Ich habe aber gesagt, Herr Abg. Pinter, daß ich in diesem Falle als Einbringer spreche. Ich kann mich leider Gottes nicht teilen. Gut, ich nehme es zur Kenntnis, ich werde zurückhaltender reagieren. Speriamo che ritorni il Vicepresidente, per me sarebbe molto meglio. Wir stimmen ab über den Abtag des Abg. Pinter. Namentliche Abstimmung. Wir beginnen alphabetisch.

*(segue votazione per appello nominale)*

**DENICOLO'**: Achmüller (*nein*), Alessandrini (*sì*), Andreotti (*no*), Atz (*nein*), Benedetti (*sì*), Benedikter (*ja*), Benussi (*sì*), Berger (*nein*), Binelli (*no*), Boldrini (*non presente*), Bolzonello (*sì*), Bondi (*sì*), Casagranda (*no*), Chiodi-Winkler (*sì*), Cigolla (*no*), Conci-Vicini (*no*), Dalbosco (*sì*), Delladio (*astenuto*), Denicolò (*nein*), De Stefani (*non presente*), Di Puppò (*sì*), Divina (*non presente*), Durnwalder (*nein*), Fedel (*non presente*), Feichter (*nein*), Frasnelli (*non presente*), Frick (*non presente*), Gasperotti (*sì*), Giordani (*no*), Giovanazzi (*non presente*), Grandi (*no*), Holzer (*no*), Holzmann (*sì*), Hosp (*nein*), Ianieri (*sì*), Kasslatter Mur (*nein*), Klotz (*ja*), Kofler (*non presente*), Kury (*ja*), Laimer (*nein*), Leitner (*ja*), Leveggi (*non presente*), Mayr C. (*nein*), Mayr J. (*non presente*), Messner (*nein*), Minniti (*sì*), Montefiori (*non presente*), Morandini (*astenuto*), Moser (*non presente*), Munter (*nein*), Muraro (*non presente*), Pahl (*nein*), Palermo (*sì*), Pallaoro (*non presente*), Panizza (*no*), Passerini (*sì*), Peterlini (*nein*), Pinter (*sì*), Romano (*non presente*), Saurer (*nein*), Tarfusser (*ja*), Taverna (*sì*), Tosadori (*non presente*), Tretter (*non presente*), Valduga (*non presente*), Vecchi (*non presente*), Viola (*no*), Willeit (*sì*), Zanoni (*no*), Zendron (*sì*).

**PRÄSIDENT**: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben. Prego prendere posto. Bitte Platz zu nehmen.

Abstimmende:	51
Ja-Stimmen:	23
Nein-Stimmen:	26
Stimmenthaltungen:	2

Damit ist der Abänderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zum letzten Abänderungsantrag des Abg. Pinter. Ritirato. Damit ist er zurückgezogen. Es liegen keine anderen Abänderungsanträge vor, somit stimmen wir über den gesamten Artikel 1 ab. Wer mit dem Artikel 1 einverstanden ist, möge bitte die Hand erheben. Namentliche Abstimmung hat Herr Denicolò verlangt.

Danke. Namentliche Abstimmung. Bitte um den Namensaufruf. Si vota tutto l'articolo 1, tutto.

*(segue votazione per appello nominale)*

**DENICOLO'**: Achmüller (*ja*), Alessandrini (*si*), Andreotti (*si*), Atz (*astenuto*), Benedetti (*si*), Benedikter (*ja*), Benussi (*no*), Berger (*ja*), Binelli (*si*), Boldrini (*non presente*), Bolzonello (*si*), Bondi (*si*), Casagranda (*si*), Chiodi-Winkler (*si*), Cigolla (*si*), Conci-Vicini (*si*), Dalbosco (*si*), Delladio (*no*), Denicolò (*ja*), De Stefani (*non presente*), Di Puppò (*si*), Divina (*non presente*), Durnwalder (*ja*), Fedel (*non presente*), Feichter (*ja*), Frasnelli (*non presente*), Frick (*astenuto*), Gasperotti (*si*), Giordani (*si*), Giovanazzi (*si*), Grandi (*si*), Holzer (*si*), Holzmann (*si*), Hosp (*ja*), Ianieri (*si*), Kasslatter Mur (*ja*), Klotz (*ja*), Kofler (*non presente*), Kury (*ja*), Laimer (*ja*), Leitner (*ja*), Levegghi (*non presente*), Mayr C. (*ja*), Mayr J. (*non presente*), Messner (*ja*), Minniti (*si*), Montefiori (*non presente*), Morandini (*astenuto*), Moser (*si*), Munter (*non presente*), Muraro (*non presente*), Pahl (*ja*), Palermo (*si*), Pallaoro (*non presente*), Panizza (*si*), Passerini (*si*), Peterlini (*ja*), Pinter (*si*), Romano (*non presente*), Saurer (*nein*), Tarfusser (*ja*), Taverna (*no*), Tosadori (*non presente*), Tretter (*si*), Valduga (*si*), Vecchi (*si*), Viola (*si*), Willeit (*si*), Zanoni (*non presente*), Zendron (*si*).

**PRÄSIDENT**: Einen Moment bitte um Geduld. Wir müssen noch etwas machen. Ganz kurz. Ich gebe das Abstimmungsergebnis über den gesamten Artikel 1 bekannt, d.h. alles was Wahlbeschränkungsmaßnahmen betroffen hat:

Abstimmende:	55
Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	4
Stimmenthaltungen:	3

Damit ist das ganze Abänderungspaket zum Artikel 1 genehmigt.

Ich muß folgendes sagen: Es sind jetzt zwei Artikel, die nur abzuschaffen sind und die müssen abgeschafft werden, weil sie aus dem alten Text stammen, und zwar der Artikel 2. Da brauche ich keine Debatte zu eröffnen. Wer ist dafür, daß er abgeschafft wird? Er ist einfach technisch abzuschaffen, der Artikel 2, der alte. Danke. Wer stimmt dagegen? Enthaltungen? Der Artikel 2 ist abgeschafft.

Der Art. 3 muß auch abgeschafft werden. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Danke. Gegenstimmen. Wer ist dagegen. Niemand. Wer enthält sich der Stimme? Danke. Niemand. Damit ist der Artikel 2 einstimmig abgeschafft.

Für den Nachmittag kommen die technischen Normen, die der Ausschuß als Abänderungspaket eingebracht hat. Wir sehen uns wieder um 15.00 Uhr. Danke. Vielleicht können wir die Sitzung sogar früher abschließen, wenn wir fleißig arbeiten. Danke, guten Appetit und danke für die Zustimmung.

(ore 12.57)

(ore 15.05)

**Vorsitz Präsident Peterlini**  
**Presidenza del Presidente Peterlini**

**PRÄSIDENT:** Wir beginnen mit den Arbeiten. Ich bitte um den Namensaufruf.

**DENICOLO:** *(Sekretär):(ruft die Namen auf)*  
*(Segretario):(fa l'appello nominale)*

**PRÄSIDENT:** Jetzt kommen wir zum Artikel 4 und zum entsprechenden Abänderungspaket mit technischen Normen, das der Ausschuß vorgelegt hat. Ich bitte also auch den Präsidenten Grandi oder wer ihn vertritt, die entsprechenden Aufklärungen zu geben und bitte inzwischen den Abg. Denicolò um Verlesung des Antrags.

**DENICOLÒ:** Änderungsantrag zum Art. 4 - 5. Juni 1998 Protokollnr. 11958

1. Der Art. 4 wird durch den nachstehenden ersetzt.

„Art. 4

(Änderungen zum Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 betreffend die Wahl des Regionalrates mit seinen späteren Änderungen)

1. Im Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 wird nach Art. 9 der nachstehende Artikel eingefügt:

„Art. 9-bis

(Gründe für die Nichtaufstellung als Regionalratsabgeordneter)

1. Was die Gründe für die Nichtaufstellung als Regionalratsabgeordneter anbelangt, werden die im Art. 15 des Gesetzes vom 19. März 1990, Nr. 55, geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 18. Jänner 1992, Nr. 16 mit seinen späteren Änderungen, enthaltenen Bestimmungen angewandt."

2. Im Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 wird im Art. 18 der Abs. 4 durch den nachstehenden Absatz ersetzt:

„4. Die Wähler werden mit Zunamen, Vornamen, Geburtsort und Geburtsdatum angeführt; ihre Unterschrift ist von einem Notar oder vom Friedensrichter oder von einem Leiter oder Bediensteten einer Landesgerichts- oder Bezirksgerichtskanzlei oder von einem Sekretär einer Staatsanwaltschaft oder vom Bürgermeister oder von einem Gemeindeassessor oder vom Präsidenten des Gemeinderats oder vom Präsidenten oder



stellvertretenden Präsidenten des Stadt- bzw. Ortsviertelrates oder vom Gemeindesekretär oder aber von einem vom Bürgermeister eigens damit beauftragten Beamten auch kumulativ zu beglaubigen. Die Beglaubigung muß gemäß den im Art. 20 Abs. 2 und 3 des Gesetzes vom 4. Jänner 1968, Nr. 15 genannten Modalitäten angebracht werden, und für jeden Wähler muß die Gemeinde angegeben werden, in deren Wählerlisten er eingetragen ist.“

3. Im Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 werden im Art. 19 nachstehende Änderungen eingeführt:

a) im Abs. 1 wird der Wortlaut unter Buchst. a) durch den nachstehenden ersetzt:

„a) drei Ausfertigungen des Listenzeichens, auch bildlich und in Farbe dargestellt, in einem Kreis von zehn Zentimetern Durchmesser und drei Ausfertigungen dieses Listenzeichens in einem Kreis von zwei Zentimetern Durchmesser;“

b) im Abs. 1 wird der Wortlaut unter Buchst. b), ersetzt durch Art. 2 des Regionalgesetzes vom 28. Dezember 1989, Nr. 9, durch den nachstehenden ersetzt:

„b) die vom zuständigen Bürgermeister für jeden Wahlwerber ausgestellte Bescheinigung über seine Eintragung in den Wählerlisten einer Gemeinde der Region sowie über die Ansässigkeit im Gebiet der Region zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Wahlausschreibungskundmachung.“

c) im Abs. 1 werden die unter Buchst. d) angeführten Worte „oder vom Kanzlisten eines Gerichtsamtes oder vom Gemeindesekretär oder vom Friedensrichter zu beglaubigen ist“ durch die Worte "oder vom Friedensrichter oder von einem Leiter oder Bediensteten einer Landesgerichts- oder Bezirksgerichtskanzlei oder von einem Sekretär einer Staatsanwaltschaft oder vom Bürgermeister oder von einem Gemeindeassessor oder vom Präsidenten des Gemeinderats oder vom Präsidenten oder stellvertretenden Präsidenten des Stadt- bzw. Ortsviertelrates oder vom Gemeindesekretär oder aber von einem vom Bürgermeister eigens damit beauftragten Beamten zu beglaubigen ist. Die Beglaubigung muß gemäß den im Art. 20 Abs. 2 und 3 des Gesetzes vom 4. Jänner 1968, Nr. 15 genannten Modalitäten angebracht werden." ersetzt. Überdies wird der nachstehende Satz hinzugefügt: "Die Erklärung über die Annahme der Kandidatur muß die ausdrückliche Angabe des Kandidaten enthalten, daß für ihn keine der Bedingungen zutrifft, welche im Art. 15 Abs. 1 des Gesetzes vom 19. März 1990, Nr. 55, ersetzt durch Art. 1 des Gesetzes vom 18. Jänner 1992, Nr. 16 mit seinen späteren Änderungen, vorgesehen sind, und daß er in keiner anderen Wahlwerberliste als Kandidat auftritt."

4. Im Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 wird im Art. 21 Abs. 3 der Wortlaut unter Z. 4, ersetzt durch Art. 3 des Regionalgesetzes vom 28. Dezember 1989, Nr. 9, durch den nachstehenden ersetzt:

„4) aus den Listen die Namen jener Wahlwerber streichen, für die eine der Bedingungen zutrifft, welche im Art. 15 Abs. 1 des Gesetzes vom 19. März 1990, Nr. 55, ersetzt durch Art. 1 des Gesetzes vom 18. Jänner 1992, Nr. 16 mit seinen späteren

Änderungen, vorgesehen sind, oder für die die im Art. 19 vorgesehene Annahmeerklärung bezüglich der Wahlwerbung mit der gleichzeitigen Zugehörigkeitserklärung zu einer Sprachgruppe für die Wahlwerber des Provinzwahlkreises Bozen nicht vorgelegt worden ist; ferner die Namen jener streichen, die innerhalb des für die Wahl anberaumten Tages das achtzehnte Lebensjahr nicht vollendet haben, und jener, die zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Wahlausschreibungskundmachung nicht im Gebiet der Region ansässig sind, sowie jener, die nicht in den Wählerlisten einer Gemeinde der Region eingetragen sind;"

5. Im Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 wird im Art. 22 der Abs. 4 durch den nachstehenden Absatz ersetzt:

"4) Der Präsident des Regionalausschusses läßt überdies die Stimmzettel drucken. Der Druck hat unter Beachtung der besonderen Sicherheitsmaßnahmen, die anlässlich der Parlamentswahlen für den gleichen Dienst vorgesehen sind, zu erfolgen."

6. Im Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 werden im Art. 23 Abs. 1 die Worte „vom Kanzlisten eines Gerichtsamtes, vom Gemeindesekretär oder vom Friedensrichter" durch die Worte "oder vom Friedensrichter oder von einem Leiter oder Bediensteten einer Landesgerichts- oder Bezirksgerichtskanzlei oder von einem Sekretär einer Staatsanwaltschaft oder vom Bürgermeister oder von einem Gemeindeassessor oder vom Präsidenten des Gemeinderats oder vom Präsidenten oder stellvertretenden Präsidenten des Stadt- bzw. Ortsviertelrates oder vom Gemeindesekretär oder aber von einem vom Bürgermeister eigens damit beauftragten Beamten" ersetzt.

7. Im Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 wird der Art. 28 durch den nachstehenden Artikel ersetzt:

"Art. 28  
(Beschaffenheit der Stimmzettel)

1. Die Stimmzettel sind aus haltbarem Papier nach ein und demselben Muster und in gleicher Farbe für jeden Wahlkreis hergestellt: sie werden vom Wahlamt der Region nach den wichtigsten Merkmalen der Muster zur Verfügung gestellt, welche für den Provinzwahlkreis Trient in den Anlagen B und C und für den Provinzwahlkreis Bozen in den Anlagen D und E beschrieben sind.

2. Die Stimmzettel enthalten die Listenzeichen sämtlicher Listen, die ordnungsgemäß im Wahlbezirk vorgelegt wurden, sowie das Feld für die Abgabe der Vorzugsstimme. Die Listenzeichen werden in vertikaler Reihenfolge nach der Rangordnung angeführt, die durch die Auslosung laut Art. 21 Abs. 3 Z. 6 festgelegt wurde.

3. Die Stimmzettel müssen bei den Sprengelwahlbehörden ordnungsgemäß gefaltet in einem versiegelten Umschlag eintreffen. Für die Provinz Bozen werden die Stimmzettel in italienischer und deutscher Sprache und für die ladinischen Ortschaften

in italienischer, deutscher und ladinischer Sprache abgefaßt. Für die Provinz Trient werden die Stimmzettel in italienischer Sprache und für die ladinischen Ortschaften in italienischer und ladinischer Sprache abgefaßt.“

8. Im Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 werden im Art. 49 Abs. 3 die Worte „im mittleren Teil des Stimmzettels" durch die Worte "neben jedem Listenzeichen" ersetzt.

9. Die Anlagen B und C zum Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 werden durch die Anlagen B, C, D und E zum vorliegenden Gesetz ersetzt.

10. Im Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 wird im Art. 29 Abs. 1 der nachstehende Satz hinzugefügt: „in den ladinischen Gemeinden der Provinz Bozen und der Provinz Trient muß auf den Stempeln des Wahlsprengels auch die Fassung in ladinischer Sprache vorhanden sein."

11. Im Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 wird der Art. 30, geändert durch den Art. 5 des Regionalgesetzes vom 27. Juni 1986, Nr. 3, durch den nachstehenden Artikel ersetzt:

„Art. 30

(Zusammensetzung der Sprengelwahlbehörde und Ernennung des Schriftführers)

1. In jedem Sprengel wird eine Wahlbehörde gebildet, die aus einem Vorsitzenden, vier Stimmezählern und einem Schriftführer zusammengesetzt ist. Ein vom Vorsitzenden gewählter Stimmezähler übernimmt die Befugnisse eines stellvertretenden Vorsitzenden. Die der Sprengelwahlbehörde zugeteilten Personen müssen bezüglich der Wahl des Regionalrates wahlberechtigt sein.

2. Vor Errichtung der Wahlbehörde wählt der Vorsitzende des Wahlsprengels den Schriftführer unter den in den Wählerlisten der Gemeinde eingetragenen Personen, die das Abschlußzeugnis einer Mittelschule bzw. einen höheren Schulabschluß besitzen."

12. Im Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 werden im Art. 58 Abs. 1 Buchst. b) die Worte "und des Schriftführers" gestrichen.

13. Im Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 mit seinen späteren Änderungen werden nach dem Art. 30 die nachstehenden Artikel eingefügt:

„Art. 30-bis

(Verzeichnis der Vorsitzenden der Wahlsprengel)

1. Im Verzeichnis der Personen, die sich zum Vorsitzenden eines Wahlsprengels eignen, das beim Wahlamt der Region geführt wird, sind die Namen der Wähler eingetragen, die die Voraussetzungen für die Eignung nach Abs. 2 besitzen. Die

Betroffenen haben binnen Oktober eines jeden Jahres ein an den Bürgermeister der Ansässigkeitsgemeinde gerichtetes Gesuch einzureichen, in dem sie das Geburtsdatum und den Geburtsort, den Studienabschluß, den Ansässigkeitsort, den Beruf oder das Gewerbe anzugeben haben. Das Verzeichnis jeder einzelnen Gemeinde muß eine Anzahl von Namen enthalten, die mindestens dem Doppelten der Anzahl der Wahlsprengel entspricht.

2. Die Befugnisse eines Vorsitzenden eines Wahlsprengels können von Bürgern, die in den Wählerlisten einer Gemeinde der Region eingetragen sind, ausgeübt werden, die nachstehende Voraussetzungen erfüllen:

- a) bei Regionalratswahlen wahlberechtigt sind;
- b) das Abschlußzeugnis einer Oberschule bzw. einen höheren Schulabschluß besitzen;
- c) nicht einer der im Art. 32 mit seinen späteren Änderungen angegebenen Kategorien angehören;
- d) was die Provinz Bozen anbelangt, die Bescheinigung über die Kenntnis der italienischen und der deutschen Sprache gemäß Dekret des Präsidenten der Republik vom 26. Juli 1976, Nr. 752 mit seinen späteren Änderungen besitzen;
- e) was die ladinischen Gemeinden in der Provinz Bozen anbelangt, überdies eine angemessene Kenntnis der ladinischen Sprache haben, die im Sinne des Art. 3 Abs. 6 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 26. Juli 1976, Nr. 752, geändert durch Art. 3 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 29. April 1982, Nr. 327, festgestellt wurde;
- f) was die ladinischen Gemeinden in der Provinz Trient anbelangt, eine angemessene Kenntnis der ladinischen Sprache haben, die im Sinne des Art. 3 Abs. 2 des gesetzesvertretenden Dekretes vom 16. Dezember 1993, Nr. 592 festgestellt wurde.

3. Binnen Jänner eines jeden Jahres teilt der Bürgermeister nach Anhören der Gemeindevahlkommission dem Wahlamt der Region die Namen der Personen mit, deren Streichung aus dem Verzeichnis vorgeschlagen wird, wobei die Gründe anzugeben sind. Aus dem Verzeichnis sind auf jeden Fall diejenigen zu streichen, die:

- a) die gesetzlich vorgegebenen Voraussetzungen nicht mehr besitzen;
- b) ohne gerechtfertigten Grund die Befugnisse eines Vorsitzenden eines Wahlsprengels nicht ausgeübt haben, obwohl sie dazu berufen wurden;
- c) Vorsitzende eines Wahlsprengels waren, in dem Amtshandlungen durchgeführt wurden, die mit auch nicht rechtskräftigem Beschluß des Verwaltungsrichters für ungültig erklärt wurden;
- d) mit auch nicht rechtskräftigem Erkenntnis wegen Vergehen verurteilt wurden, die im VII. Abschnitt des mit Dekret des Präsidenten der Republik vom 30. März 1957, Nr. 361 mit seinen späteren Änderungen genehmigten Einheitstextes vorgesehen und geregelt sind;
- e) schwerwiegende Nichterfüllung zu verantworten haben, und zwar auf Grund von Meldungen seitens der Vorsitzenden von Behörden, die den Sprengelwahlbehörden unmittelbar vorstehen.

4. Für die Eintragung in das Verzeichnis nach Abs. 1 teilt der Bürgermeister nach Anhören der Gemeindevahlkommission dem Wahlamt der Region binnen Februar eines jeden Jahres die Namen der Wähler der Gemeinde mit, die die Voraussetzungen nach Abs. 2 erfüllen und ein schriftliches Gesuch verfaßt haben, um den Auftrag als Vorsitzender eines Wahlsprengels zu erhalten. Im Gesuch sind der Zuname, der Vorname, der Geburtsort und das Geburtsdatum, der Ansässigkeitsart, der Beruf oder das Gewerbe anzugeben. Für die Gemeinden in der Provinz Bozen ist in der Mitteilung des Bürgermeisters auch der Besitz der Bescheinigungen nach Abs. 2 Buchst. d) und eventuell Buchst. e) anzugeben. Für die ladinischen Gemeinden in der Provinz Trient ist in der Mitteilung des Bürgermeisters auch der Besitz der Bescheinigungen nach Abs. 2 Buchst. f) anzugeben.

5. Bis zum vierzigsten Tag vor dem Wahltag wird die ergänzte und vervollständigte Aufstellung der im Verzeichnis eingetragenen Personen vom Wahlamt der Region der Kanzlei des Oberlandesgerichtes in Trient übermittelt.“

„Art. 30-ter

(Ernennung der Vorsitzenden der Wahlsprengel)

1. Der Präsident des Oberlandesgerichtes ernennt die Vorsitzenden der Wahlsprengel, indem er sie aus den Reihen der im Verzeichnis nach Art. 30-bis eingetragenen Personen und aus den Reihen der Beamten im Richterstand, der Rechtsanwälte und der Anwälte der Staatsadvokatur wählt, die ihr Amt im Gerichtsbezirk des Oberlandesgerichtes ausüben. Bei der Wahl aus dem Verzeichnis haben die Zivilbeamten und Zivilangestellten des Staates, der Region, der Provinzen und der Gemeinden Vorrang, wobei diese Reihenfolge keine Rangordnung darstellt. Es müssen jedoch diejenigen bevorzugt werden, die in der betroffenen Gemeinde ansässig sind.

2. Die Ernennung wird den Betroffenen bis zum zwanzigsten Tag vor dem Wahltag durch die Ansässigkeitsgemeinden mitgeteilt, denen das Verzeichnis der betroffenen Wähler zugesandt wird, damit diese von der Ernennung zu Stimmzählern ausgeschlossen werden.

3. Bei Verhinderung des Vorsitzenden eines Wahlsprengels, die unter derartigen Umständen eintritt, daß die ordnungsgemäße Ersetzung nicht möglich ist, übernimmt der Bürgermeister oder ein von ihm Beauftragter, der unter den Wählern der Gemeinde gewählt wird, den Vorsitz.“

14. Im Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 wird der Art. 31 durch den nachstehenden ersetzt:

„Art. 31

(Ernennung der Stimmzähler eines Wahlsprengels)

1. Die Stimmzähler werden unter den im Verzeichnis der Stimmzähler eingetragenen Wählern gewählt, das mit Gesetz vom 8. März 1989, Nr. 95 mit seinen späteren Änderungen eingeführt wurde.

2. Für die Ernennung der Stimmzähler werden die Fristen und die Einzelvorschriften nach dem Gesetz vom 8. März 1989, Nr. 95 mit seinen späteren Änderungen angewandt.“

15. Im Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 wird der Art. 33, geändert durch Art. 1 des Regionalgesetzes vom 22. August 1988, Nr. 19, durch den nachstehenden Artikel ersetzt:

Art. 33

(Bezüge der Mitglieder der Wahlbehörde)

1. Dem Vorsitzenden der Sprengelwahlbehörde sieht eine Vergütung in Höhe von insgesamt 231.000 Lire zu. Das gegebenenfalls zustehende Entgelt für Dienstreisen entspricht demjenigen, das den Leitern der Regionalverwaltung zusteht. Die öffentlichen Beamten in höheren Rängen erhalten das gegebenenfalls zustehende, dem bekleideten Rang entsprechende Entgelt für Dienstreisen.

2. Den Stimmzählern und dem Schriftführer steht eine Vergütung in Höhe von insgesamt 184.000 Lire zu. Falls wegen höherer Gewalt die Sprengelwahlbehörde die Stimmzählung nicht abschließen konnte, steht dem Mitglied der Wahlbehörde, das beauftragt wird, zusammen mit dem Vorsitzenden die drei Umschläge bei der Kanzlei des Landesgerichtes abzugeben, überdies das gegebenenfalls zustehende Entgelt für Dienstreisen entsprechend demjenigen, das den Beamten der Regionalverwaltung im achten Funktionsrang entrichtet wird, zu. Dem öffentlichen Beamten im höheren Rang steht das gegebenenfalls zustehende Entgelt für Dienstreisen entsprechend dem bekleideten Rang zu.

3. Dem Vorsitzenden und den Mitgliedern der Sonderwahlbehörde steht eine Vergütung in Höhe von insgesamt 138.000 Lire bzw. 94.000 Lire zu.

4. Das Entgelt für Dienstreisen wird in den Fällen laut Art. 3 des Gesetzes vom 18. Dezember 1973, Nr. 836 mit seinen späteren Änderungen sowie im Falle, daß die Obliegenheiten im Gebiet der Ansässigkeitsgemeinde des Beauftragten ausgeführt werden, nicht entrichtet.

5. Die Vergütungen gemäß Abs. 1, 2 und 3 stellen im Sinne des Art. 9 Abs. 2 des Gesetzes vom 21. März 1990, Nr. 53 eine pauschale Spesenrückvergütung dar, die keinerlei Abzug oder Steuereinbehalt unterliegt, und werden bei der Festlegung des steuerbaren Einkommens nicht mit eingerechnet.

6. Ab März des dritten Jahres nach jenem des Inkrafttretens dieses Gesetzes werden die Vergütungen gemäß Abs. 1, 2 und 3 jede drei Jahre mit Dekret des Präsidenten des Regionalausschusses in bezug auf den vom ISTAT berechneten Anstieg des Index der Verbraucherpreise für Haushalte von Arbeitern und Angestellten neu festgesetzt. Die nach diesem Verfahren berechneten Beträge werden auf die nächsthöheren tausend Lire aufgerundet.

7. Die Ausgaben für die Entrichtung des festen Betrags und des Entgelts für Dienstreisen an die Mitglieder der Wahlbehörde gehen zu Lasten der Gemeinde, in der sich diese Behörde befindet, und werden von der Region zurückerstattet."

16. Im Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 werden im Art. 33-bis, welcher mit Art. 5 des Regionalgesetzes vom 26. Februar 1990, Nr. 5 eingeführt wurde, nachstehende Änderungen eingeführt:

a) Im Abs. 1 und im Abs. 2 werden die Worte „abzüglich der gesetzlichen Abzüge“ gestrichen,

b) Nach Abs. 4 wird der nachstehende Absatz eingefügt:

„(4-bis) Die Vergütungen gemäß Abs. 1, 2 und 3 stellen im Sinne des Art. 9 Abs. 2 des Gesetzes vom 21. März 1990, Nr. 53 eine pauschale Spesenrückvergütung dar, die keinerlei Abzug oder Steuereinbehalt unterliegt, und werden bei der Festlegung des besteuerebaren Einkommens nicht mit eingerechnet.“

17. Im Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 mit seinen späteren Änderungen wird nach dem Art. 46 der nachstehende Artikel eingefügt:

Art. 46-bis

(Erleichterungen zwecks Ausübung des Wahlrechtes)

1. Die Gemeinden stellen einen Beförderungsdienst bereit, der den behinderten Personen, die wahlberechtigt sind, das Erreichen des Wahlsprengels erleichtern soll.

2. Um die Ausübung des Wahlrechtes zu erleichtern, wird während der drei der Wahl vorausgehenden Tage seitens der öffentlichen Sanitätseinrichtungen gewährleistet, daß in jeder Gemeinde eine angemessene Anzahl von Ärzten zur Verfügung steht, die zur Ausstellung der Zeugnisse betreffend die Begleitung nach Art. 46 des Regionalgesetzes vom 8. August 1983, Nr. 7, geändert durch Art. 1 Buchst. f) des Regionalgesetzes vom 4. November 1983, Nr. 12, sowie der ärztlichen Bescheinigung nach Art. 1 des Gesetzes vom 15. Jänner 1991, Nr. 15 befugt ist.

3. Es werden überdies die in den Art. 1 und 2 des Gesetzes vom 15. Jänner 1991, Nr. 15 enthaltenen Bestimmungen angewandt."

18. Im Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 wird im Art. 49 der Abs. 5 aufgehoben.

19. Im Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 wird im Art. 55 der Abs. 3 aufgehoben.

20. Im Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 wird im Art. 21 Abs. 3 der Wortlaut unter Z. 7 aufgehoben.

21. Im Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 werden im Art. 22 Abs. 1 die Worte "sowie die den Wahlwerbern jeder Liste zugeteilte laufende Nummer" durch die Worte "der Wahlwerber jeder Liste" ersetzt.

22. Im Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 wird der Art. 71 durch den nachstehenden ersetzt:

„Art. 71  
(Wahl in beiden Wahlkreisen - Option)

1. Der in beiden Wahlkreisen gewählte Regionalratsabgeordnete muß innerhalb von zwanzig Tagen nach der Verkündung der Gewählten vor dem Präsidium des Regionalrates für einen der beiden Wahlkreise optieren. Unterbleibt die Option, gilt der Wahlkreis als bevorzugt, in dem der Regionalratsabgeordnete mehr Vorzugsstimmen erhalten hat.“

23. Im Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 wird im Art. 79 der Abs. 2 durch die nachstehenden Absätze ersetzt:

„2. Die Ausgaben, die die Gemeinden für die Einrichtung der Wahlsprengel, für die Aufstellung der Sprengelwählerlisten, für die Abfassung und Verteilung der Wahlausweise, für die Abfassung der Mitteilungskarten für die im Ausland ansässigen Wähler und für den Dienst zur Durchgabe von Mitteilungen an den Regionalausschuß tätigen, können von der Region pauschal und gemäß den mit Beschluß des Regionalausschusses festgesetzten Richtwerten ausbezahlt werden.

2-bis. Die Ausgaben für das Versenden der Mitteilungskarten an die im Ausland ansässigen Wähler, für die Zahlung der Vergütungen an die Mitglieder des Sprengelwahlamtes und für die Gewährung der Zuwendung an die im Ausland ansässigen Wähler werden von der Gemeinde vorgestreckt und von der Region zurückerstattet.“

24. Im Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 werden der Art. 56 und der Art. 59 aufgehoben.

25. Die Wahlen des Bürgermeisters und des Gemeinderates, die an einem Sonntag zwischen dem 1. November und dem 15. Dezember 1998 stattfinden sollten, werden auf einen Sonntag zwischen dem 1. Mai und dem 15. Juni 1999 aufgeschoben.

26. Zu den Zwecken der Anwendung der Reisebegünstigungen, die in den Art. 116 und 117 des mit Dekret des Präsidenten der Republik vom 30. März 1957, Nr. 361 mit seinen späteren Änderungen genehmigten Einheitstextes der Gesetze betreffend die Wahl in die Abgeordnetenkammer vorgesehen sind, wird der Regionalausschuß anlässlich der Wahlen zur Erneuerung des Regionalrates und der Gemeindewahlen dazu ermächtigt, mit der Körperschaft „Ferrovie dello Stato“ AG und mit den im Gebiet der Region tätigen Gesellschaften, die Konzessionen für den öffentlichen Transportverkehr innehaben, ein entsprechendes Abkommen zu schließen.



27. Der Präsident des Regionalausschusses hat aufgrund eines entsprechenden Beschlusses des Ausschusses dafür zu sorgen, daß die in diesem Gesetz und in sämtlichen Regionalgesetzen, welche die Wahl des Regionalrates betreffen, und insbesondere in den Regionalgesetzen vom 8. August 1983, Nr. 7, vom 4. November 1983, Nr. 12, vom 27. Juni 1986, Nr. 3, vom 6. Dezember 1986, Nr. 11, vom 22. August 1988, Nr. 19, vom 28. Dezember 1989, Nr. 9, vom 26. Februar 1990, Nr. 4, vom 26. Februar 1990, Nr. 5 und vom 15. Mai 1998, Nr. 5 enthaltenen Bestimmungen in einem Einheitstext zusammengestellt und miteinander koordiniert werden."

**Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter**  
**Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz**

**PRESIDENTE:** Comunico all'aula che la Giunta regionale ritira i commi 1, 18, 20 e 21 della proposta emendativa in esame, per cui non vanno trattati gli emendamenti prot. n. 11993 del cons. Gasperotti, che proponeva la soppressione dei commi 18, 19, 20 e 21.

Collega, è stato tradotto in simultanea! Lo so che la sua richiesta è legittima, io lo faccio talmente volentieri che mi manchereste di rispetto..

Dò lettura dell'emendamento all'art. 4, prot. n. 11958, a firma della Giunta regionale:

1. L'articolo 4 è sostituito dal seguente:

"Art. 4

(Modifiche tecniche alla legge regionale 8 agosto 1983, n. 7 e s.m., concernente l'elezione del Consiglio regionale)

1. Dopo l'articolo 9 della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7, è inserito il seguente:

"Art. 9 bis

(Cause di non candidabilità)

Il comma 1 è stato ritirato.

2. Il quarto comma dell'articolo 18 della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7, è sostituito dal seguente:

"4. Gli elettori sono elencati con cognome, nome, luogo e data di nascita; la loro firma deve essere autenticata, anche cumulativamente, da un notaio, dal giudice di pace, dai cancellieri e collaboratori delle cancellerie dei tribunali e delle preture, dai segretari delle procure della Repubblica, dal sindaco, dagli assessori comunali, dal presidente del consiglio comunale, dal presidente e vice presidente del consiglio circoscrizionale, dal segretario comunale e dai funzionari incaricati dal sindaco. L'autenticazione deve essere redatta con le modalità di cui al secondo e terzo comma dell'articolo 20 della legge 4 gennaio 1968, n. 15 e per ogni elettore deve essere indicato il comune nelle cui liste elettorali figura iscritto."

3. All'articolo 19 della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7, sono apportate le

seguenti modifiche:

- a) la lettera a) del primo comma è sostituita dalla seguente:  
"a) tre esemplari del contrassegno, anche figurato e colorato, contenuto in un cerchio di dieci centimetri di diametro e tre esemplari del medesimo contrassegno contenuto in un cerchio di tre centimetri di diametro;"
- b) la lettera b) del primo comma, come sostituita dall'articolo 2 della legge regionale 28 dicembre 1989, n. 9, è sostituita dalla seguente:  
"b) il certificato, rilasciato per ogni candidato dal Sindaco competente, attestante l'iscrizione nelle liste elettorali di un Comune della Regione e la residenza, nel territorio della Regione, alla data di pubblicazione del manifesto di convocazione dei comizi elettorali;"
- c) alla lettera d) del primo comma, le parole "o dal cancelliere di un ufficio giudiziario, o dal segretario comunale, o dal giudice conciliatore." sono sostituite dalle parole "dal giudice di pace, dai cancellieri e collaboratori delle cancellerie dei tribunali e delle preture, dai segretari delle procure della Repubblica, dal sindaco, dagli assessori comunali, dal presidente del consiglio comunale, dal presidente e vice presidente del consiglio circoscrizionale, dal segretario comunale e dai funzionari incaricati dal sindaco. L'autenticazione deve essere redatta con le modalità di cui al secondo e terzo comma dell'articolo 20 della legge 4 gennaio 1968, n. 15." ed è aggiunta la seguente frase: "La dichiarazione di accettazione della candidatura deve contenere l'esplicita dichiarazione del candidato di non trovarsi in alcuna delle condizioni previste dal comma 1 dell'articolo 15 della legge 19 marzo 1990, n. 55, come sostituito dall'articolo 1 della legge 18 gennaio 1992, n. 16 e successive modificazioni, e di non essere candidato in altra lista;"

5. Il numero 4) del terzo comma dell'articolo 21 della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7, come sostituito dall'articolo 3 della legge regionale 28 dicembre 1989, n. 9, è sostituito dal seguente:

- "4) cancella dalle liste i nomi dei candidati a carico dei quali viene accertata la sussistenza di alcuna delle condizioni previste dall'articolo 15, primo comma, della legge 19 marzo 1990, n. 55, come sostituito dall'articolo 1 della legge 18 gennaio 1992, n. 16 e successive modificazioni o per i quali non è stata presentata l'accettazione della candidatura prescritta dall'articolo 19 con la contestuale dichiarazione di appartenenza ad un gruppo linguistico relativamente ai candidati del collegio provinciale di Bolzano; cancella altresì i nominativi di coloro che non hanno compiuto il diciottesimo anno di età entro il giorno stabilito per l'elezione, di coloro che alla data di pubblicazione del manifesto di convocazione dei comizi elettorali non risultano risiedere nel territorio della Regione e di coloro che non risultano iscritti nelle liste elettorali di un Comune della Regione;"

5. Il quarto comma dell'articolo 22 della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7, è sostituito dal seguente:

"4. Il Presidente della Giunta regionale provvede, inoltre, per la stampa delle schede che sarà accompagnata dalle speciali misure di sicurezza disposte in occasione delle elezioni politiche per l'analogo servizio."

6. Nel primo comma dell'articolo 23 della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7, le parole "dal cancelliere di un ufficio giudiziario, dal segretario comunale o dal giudice conciliatore" sono sostituite dalle parole "dal giudice di pace, dai cancellieri e collaboratori delle cancellerie dei tribunali e delle preture, dai segretari delle procure della Repubblica, dal sindaco, dagli assessori comunali, dal presidente del consiglio comunale, dal presidente e vice presidente del consiglio circoscrizionale, dal segretario comunale e dai funzionari incaricati dal sindaco,".

7. L'articolo 28 della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7, è sostituito dal seguente:

"Art. 28

(Caratteristiche delle schede di votazione)

1. Le schede di votazione sono di carta consistente di tipo unico e di identico colore per ogni collegio e sono fornite a cura dell'Ufficio elettorale della Regione con le caratteristiche essenziali dei modelli descritti negli allegati B e C, per il collegio provinciale di Trento e negli allegati D ed E, per il collegio provinciale di Bolzano.

2. Le schede di votazione riportano i contrassegni di tutte le liste regolarmente presentate nella circoscrizione e lo spazio per l'espressione del voto di preferenza. I contrassegni sono riportati in progressione numerica verticale secondo l'ordine stabilito mediante il sorteggio di cui all'articolo 21, terzo comma, n. 6).

3. Le schede dovranno pervenire agli uffici elettorali di sezione debitamente piegate ed in plico sigillato. Per la provincia di Bolzano le schede di votazione sono redatte in lingua italiana e tedesca e per le località ladine in lingua italiana, tedesca e ladina. Per la provincia di Trento le schede di votazione sono redatte in lingua italiana e per le località ladine in lingua italiana e ladina.".

8. Nel terzo comma dell'articolo 49 della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7, le parole "nella parte centrale della scheda" sono sostituite dalle parole "a fianco di ogni contrassegno".

9. Gli allegati B e C alla legge regionale 8 agosto 1983, n. 7 sono sostituiti dagli allegati B, C, D ed E alla presente legge.

10. Al primo comma dell'articolo 29 della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7, è aggiunta la frase: "Nei comuni ladini della provincia di Bolzano e della provincia di Trento i bolli di sezione devono riportare anche la dizione in lingua ladina.".

11. L'articolo 30 della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7, come modificato dall'articolo 5 della legge regionale 27 giugno 1986, n. 3, è sostituito dal seguente:

"Art. 30

(Composizione dell'Ufficio elettorale di sezione e nomina del segretario)

1. In ciascuna sezione è costituito un Ufficio elettorale composto di un Presidente, di quattro scrutatori e di un segretario. Uno degli scrutatori, scelto dal Presidente, assume le funzioni di Vicepresidente. I componenti dell'Ufficio elettorale di sezione devono essere in possesso del diritto di voto per l'elezione del Consiglio regionale.

2. Il Presidente di seggio, prima dell'insediamento dell'Ufficio elettorale, sceglie il segretario fra gli iscritti nelle liste elettorali del Comune in possesso di un titolo di studio non inferiore al diploma di istituto di istruzione secondaria di I grado.".

12. Alla lettera b) del primo comma dell'articolo 58 della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7, le parole "e del segretario" sono soppresse.

13. Dopo l'articolo 30 della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7 e successive modificazioni, sono inseriti i seguenti nuovi:

"Art. 30 bis

(Albo dei Presidenti di seggio)

1. Nell'albo delle persone idonee all'ufficio di Presidente di seggio elettorale tenuto presso l'Ufficio elettorale della Regione sono iscritti i nominativi degli elettori in possesso dei requisiti di idoneità di cui al comma 2. Gli interessati entro il mese di ottobre di ogni anno, devono presentare domanda scritta al Sindaco del Comune di residenza, indicando la data ed il luogo di nascita, il titolo di studio, il luogo di residenza, la professione, arte o mestiere. Per ogni Comune l'albo deve contenere un numero di nominativi almeno doppio rispetto al numero dei seggi elettorali.

2. Possono svolgere le funzioni di Presidente di seggio i cittadini, iscritti nelle liste elettorali di un Comune della regione che:

- a) hanno diritto di voto in occasione delle elezioni regionali;
- b) sono in possesso di un titolo di studio non inferiore al diploma di istruzione secondaria di II grado;
- c) non appartengono ad una delle categorie indicate nell'articolo 32 e successive modificazioni;
- d) per la provincia di Bolzano, sono in possesso dell'attestato di conoscenza delle lingue italiana e tedesca di cui al decreto del Presidente della Repubblica 26 luglio 1976, n. 752 e successive modificazioni;
- e) per i Comuni ladini della provincia di Bolzano hanno inoltre un'adeguata conoscenza della lingua ladina accertata ai sensi del comma 6 dell'articolo 3 del

decreto del Presidente della Repubblica 26 luglio 1976, n. 752, come modificato dall'articolo 3 del decreto del Presidente della Repubblica 29 aprile 1982, n. 327;

- f) per i Comuni ladini della provincia di Trento, hanno un'adeguata conoscenza della lingua ladina accertata ai sensi dell'articolo 3, comma 2, del decreto legislativo 16 dicembre 1993, n. 592.

3. Entro il mese di gennaio di ogni anno, il sindaco, sentita la commissione elettorale comunale, comunica all'Ufficio elettorale della Regione i nominativi delle persone di cui si propone la cancellazione dall'albo specificandone i motivi. Devono in ogni caso essere cancellati dall'albo:

- a) coloro che non hanno più i requisiti stabiliti dalla legge;
- b) coloro che chiamati a svolgere le funzioni di Presidente di seggio elettorale non le hanno svolte senza giustificato motivo;
- c) coloro che hanno presieduto seggi le cui operazioni sono state annullate con decisione del giudice amministrativo anche non definitiva;
- d) coloro che sono stati condannati, anche con sentenza non definitiva, per i reati previsti e disciplinati nel titolo VII del testo unico approvato con decreto del Presidente della Repubblica 30 marzo 1957, n. 361 e successive modificazioni;
- e) coloro che si sono resi responsabili di gravi inadempienze sulla base della segnalazione effettuata dai Presidenti degli Uffici immediatamente sovraordinati agli Uffici elettorali di sezione.

4. Per l'iscrizione nell'albo di cui al comma 1 il sindaco, sentita la commissione elettorale comunale, comunica all'Ufficio elettorale della Regione entro il mese di febbraio di ogni anno, i nominativi dei cittadini elettori del comune che sono in possesso dei requisiti di cui al comma 2 e che hanno formulato domanda scritta per l'incarico di Presidente di seggio elettorale, specificando per ciascuno, il cognome, il nome, il luogo e la data di nascita, il luogo di residenza, la professione, arte o mestiere. Per i Comuni della provincia di Bolzano la comunicazione del Sindaco dovrà indicare anche il possesso degli attestati di cui alla lettera d) ed eventualmente alla lettera e) del comma 2. Per i Comuni ladini della provincia di Trento la comunicazione del sindaco dovrà indicare anche il possesso dell'attestato di cui alla lettera f) del comma 2.

5. Entro il quarantesimo giorno precedente a quello della votazione l'elenco aggiornato e completo degli iscritti all'albo è trasmesso alla Cancelleria della Corte d'Appello di Trento a cura dell'Ufficio elettorale della Regione.

#### Art. 30 ter

(Nomina dei Presidenti di seggio)

1. Il Presidente della Corte d'Appello nomina i Presidenti di seggio elettorale scegliendoli fra le persone iscritte all'albo di cui all'articolo 30 bis e fra i magistrati, gli

avvocati ed i procuratori dell'Avvocatura dello Stato che esercitano il loro Ufficio nel distretto della Corte stessa. La scelta nell'ambito dell'albo è fatta preferibilmente fra i funzionari e gli impiegati civili dello Stato, della Regione, delle Province e dei Comuni. L'enumerazione di queste categorie non implica l'ordine di precedenza. Devono comunque essere preferiti coloro che risiedono nel Comune.

2. Della nomina è data comunicazione agli interessati entro il ventesimo giorno anteriore a quello della votazione, tramite i Comuni di residenza ai quali è inviato l'elenco degli elettori interessati perché vengano esclusi dalla nomina a scrutatore.

3. In caso di impedimento del Presidente di seggio, che sopravvenga in condizioni tali da non consentire la surrogazione normale, assume la presidenza il Sindaco o un suo delegato, scelto tra gli elettori del Comune.".

14. L'articolo 31 della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7 è sostituito dal seguente:

"Art. 31

(Nomina degli scrutatori dell'Ufficio elettorale di sezione)

1. Gli scrutatori sono individuati tra i nominativi degli elettori compresi nell'albo degli scrutatori istituito con la legge 8 marzo 1989, n. 95 e successive modificazioni.

2. Per la nomina degli scrutatori si applicano i termini e le modalità di cui alla legge 8 marzo 1989, n. 95 e successive modificazioni.".

15. L'articolo 33 della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7, come modificato dall'articolo 1 della legge regionale 22 agosto 1988, n. 19, è sostituito dal seguente:

"Art. 33

(Trattamento economico dei componenti l'Ufficio elettorale)

1. Al Presidente dell'Ufficio elettorale di sezione spetta un compenso complessivo di lire 231 mila. Il trattamento di missione, se dovuto, corrisponde a quello spettante ai funzionari dell'Amministrazione regionale con qualifica di dirigente. Ai funzionari pubblici con qualifica superiore spetta, se dovuto, il trattamento di missione inerente alla qualifica rivestita.

2. Agli scrutatori e al segretario spetta un compenso complessivo di lire 184 mila. Se per causa di forza maggiore l'Ufficio elettorale di sezione non abbia potuto ultimare le operazioni di scrutinio, al componente del seggio, incaricato di recapitare

insieme al Presidente i tre plichi alla Cancelleria del Tribunale, spetta inoltre, se dovuto, il trattamento di missione corrispondente a quello spettante ai funzionari dell'Amministrazione regionale con qualifica funzionale ottava. Al funzionario pubblico con qualifica superiore spetta, se dovuto, il trattamento di missione inerente alla qualifica rivestita.

3. Al Presidente e ai componenti del seggio speciale spetta un compenso complessivo rispettivamente di lire 138 mila e lire 94 mila.

4. Il trattamento di missione non è dovuto, oltre che nei casi di cui all'articolo 3 della legge 18 dicembre 1973, n. 836 e successive modificazioni, quando le funzioni sono svolte nell'ambito del Comune di residenza anagrafica dell'incaricato.

5. I compensi di cui ai commi 1, 2 e 3 costituiscono, ai sensi dell'articolo 9, comma 2, della legge 21 marzo 1990, n. 53, rimborso spese fisso forfetario non assoggettabile a ritenute o imposte e non concorrono alla formazione della base imponibile ai fini fiscali.

6. A decorrere dal mese di marzo del terzo anno successivo a quello di entrata in vigore della presente legge, le misure dei compensi di cui ai commi 1, 2 e 3 sono rideterminate triennialmente, con decreto del Presidente della Giunta regionale, in relazione all'incremento dell'indice dei prezzi al consumo per le famiglie di operai e di impiegati calcolato dall'ISTAT. Le cifre risultanti sono arrotondate, per eccesso, alle mille lire.

7. Le spese per il compenso fisso ed il trattamento di missione ai componenti l'Ufficio elettorale sono corrisposte dal Comune nel quale ha sede l'ufficio e sono rimborsate dalla Regione.”.

16. All'articolo 33 bis della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7, istituito dall'articolo 5 della legge regionale 26 febbraio 1990, n. 5 sono apportate le seguenti modifiche:

- a) ai commi 1 e 2 la frase "al lordo delle ritenute di legge" è soppressa;
- b) dopo il comma 4 è inserito il seguente:

"4 bis. I compensi di cui ai commi 1, 2 e 3 costituiscono, ai sensi dell'articolo 9, comma 2, della legge 21 marzo 1990, n. 53, rimborso spese fisso forfetario non assoggettabile a ritenute o imposte e non concorrono alla formazione della base imponibile ai fini fiscali.".

17. Dopo l'articolo 46 della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7 e successive modificazioni è inserito il seguente:

"Art. 46 bis

(Agevolazione dell'esercizio del diritto di voto)

1. I Comuni organizzano un adeguato servizio di trasporto in modo da facilitare agli elettori portatori di handicap il raggiungimento del seggio elettorale.

2. Per rendere più agevole l'esercizio del diritto di voto, le strutture sanitarie pubbliche, nei tre giorni precedenti la consultazione elettorale, garantiscono in ogni comune la disponibilità di un adeguato numero di medici autorizzati al rilascio dei certificati di accompagnamento di cui all'articolo 46 della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7, come modificato dall'articolo 1, lettera f) della legge regionale 4 novembre 1983, n. 12 e dell'attestazione medica di cui all'articolo 1 della legge 15 gennaio 1991, n. 15.

3. Si applicano altresì le disposizioni contenute negli articoli 1 e 2 della legge 15 gennaio 1991, n. 15.”.

18. Il quinto comma dell'articolo 49 della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7 è abrogato.

19. Il terzo comma dell'articolo 55 della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7 è abrogato.

22. L'articolo 71 della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7 è sostituito dal seguente:

"Art. 71  
(Elezioni nei due collegi - opzione)

1. Il Consigliere regionale eletto nei due collegi deve dichiarare alla Presidenza del Consiglio regionale, entro venti giorni dalla proclamazione degli eletti, quale collegio scelga. In mancanza di opzione si intende scelto il collegio in cui il Consigliere ha ottenuto il maggior numero di voti di preferenza.”.

21. Il comma 2 dell'articolo 79 della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7 è sostituito dai seguenti commi:

"2. L'onere sostenuto dai Comuni per l'arredamento dei seggi, per la compilazione delle liste elettorali di sezione, per la compilazione e distribuzione dei certificati elettorali, per la compilazione delle cartoline-avviso agli elettori residenti all'estero e per il servizio segnalazione notizie alla Giunta regionale potrà essere liquidato dalla Regione in via forfetaria secondo i parametri che saranno stabiliti con deliberazione della Giunta regionale.

2 bis. Le spese per l'invio delle cartoline-avviso agli elettori residenti all'estero, per il pagamento delle competenze spettanti ai membri dell'Ufficio elettorale di sezione e per la concessione del sussidio a titolo assistenziale a favore degli elettori



residenti all'estero sono anticipate dal Comune e rimborsate dalla Regione.".

24. Gli articoli 56 e 59 della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7 sono abrogati.

25. Le elezioni per il rinnovo di sindaco e consiglio che dovrebbero svolgersi in una domenica tra il 1 novembre e il 15 dicembre 1998 sono rinviate a una domenica tra il 1 maggio e il 15 giugno 1999.

26. Ai fini della applicazione delle agevolazioni di viaggio previste dagli articoli 116 e 117 del testo unico delle leggi per l'elezione della Camera dei Deputati, approvato con decreto del Presidente della Repubblica 30 marzo 1957, n. 361 e successive modificazioni, in occasione della elezione per il rinnovo del Consiglio regionale e delle elezioni comunali, la Giunta regionale è autorizzata a stipulare apposita convenzione con l'ente "Ferrovie dello Stato" S.p.A. e con le società concessionarie del servizio di trasporto pubblico operanti nel territorio della regione.

27. Il Presidente della Giunta regionale, su conforme deliberazione della Giunta, è tenuto a riunire e coordinare in forma di testo unico le norme della presente legge con le norme contenute in tutte le leggi regionali in materia e, in particolare, nelle leggi regionali 8 agosto 1983, n. 7; 4 novembre 1983, n. 12; 27 giugno 1986, n. 3; 6 dicembre 1986, n. 11; 22 agosto 1988, n. 19; 28 dicembre 1989, n. 9; 26 febbraio 1990, n. 4; 26 febbraio 1990, n. 5 e 15 maggio 1998, n. 5.

**PRESIDENTE:** Dopo aver dato lettura del testo anche in italiano passiamo alla trattazione dei subemendamenti. Il primo è a firma della cons. Klotz, che decade, perché non ammissibile, facciamo una verifica.

Dò lettura dell'emendamento all'emendamento all'art. 4, prot. n. 11990, a firma del cons. Pinter, che recita:

Dopo il comma 1 dell'articolo 4, così come proposto dall'emendamento, è inserito il seguente comma:

"1 -bis. Alla lettera c), comma 1, dell'articolo 10 della L.R. 8 agosto 1983, n. 7, come modificata dall'articolo 1 lettera a) della L.R. 4 novembre 1983, n. 12, e da eventuali successive modificazioni le parole: "con popolazione superiore ai 20.000 abitanti;" sono sostituite dalle parole: "con popolazione superiore ai 3.000 abitanti."

E' stato presentato pure un emendamento, a firma dei cons. Boldrini, Divina ed altri che, se viene approvato l'emendamento Pinter questo decade, perché è simile.

Qualcuno intende intervenire sull'emendamento Pinter? Nessuno.

Lo pongo in votazione. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti? Con 24 voti favorevoli, 21 voti contrari ed 1 voto di astensione, il Consiglio approva.

Prego i consiglieri di prendere posto. E' stata chiesta la verifica del voto.

(interruzioni varie)

**PRESIDENTE**: Il Presidente, pur avendo proclamato l'esito della votazione dell'emendamento Pinter, è stato contestato da alcuni consiglieri, i quali chiedono la verifica della votazione. Non cambia nulla, si tratta di permetterci di contare in maniera ordinata.

Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti?

Il Presidente, di fronte ad una richiesta del genere ha sempre ripetuto una votazione, solo che non posso proclamare il voto se vi sono delle discordanze all'interno dell'Ufficio di Presidenza!

Prego di chiudere le porte, procediamo con l'appello nominale.

**DENICOLO'**: Achmüller (*nein*), Alessandrini (*non presente*), Andreotti (*non presente*), Atz (*nein*), Benedetti (*sì*), Benedikter (*ja*), Benussi (*sì*), Berger (*nein*), Binelli (*no*), Boldrini (*no*), Bolzonello (*sì*), Bondi (*non presente*), Casagrande (*no*), Chiodi-Winkler (*sì*), Cigolla (*non presente*), Conci-Vicini (*non presente*), Dalbosco (*sì*), Delladio (*astenuto*), Denicolò (*nein*), De Stefani (*non presente*), Di Puppo (*non presente*), Divina (*nein*), Durnwalder (*non presente*), Fedel (*no*), Feichter (*nein*), Frasnelli (*non presente*), Frick (*non presente*), Gasperotti (*sì*), Giordani (*non presente*), Giovanazzi (*non presente*), Grandi (*no*), Holzer (*non presente*), Holzmann (*sì*), Hosp (*nein*), Ianieri (*sì*), Kasslatte Mur (*nein*), Klotz (*ja*), Kofler (*non presente*), Kury (*ja*), Laimer (*nein*), Leitner (*ja*), Levegghi (*sì*), Mayr C. (*nein*), Mayr J. (*non presente*), Messner (*nein*), Minniti (*sì*), Montefiori (*non presente*), Morandini (*astenuto*), Moser (*non presente*), Munter (*non presente*), Muraro (*non presente*), Pahl (*nein*), Palermo (*sì*), Pallaoro (*non presente*), Panizza (*no*), Passerini (*sì*), Peterlini (*non presente*), Pinter (*sì*), Romano (*non presente*), Saurer (*nein*), Tarfusser (*ja*), Taverna (*sì*), Tosadori (*no*), Tretter (*no*), Valduga (*non presente*), Vecchi (*non presente*), Viola (*non presente*), Willeit (*sì*), Zanoni (*astenuto*), Zedron (*sì*).

**PRESIDENTE**: Comunico l'esito della votazione dell'emendamento Pinter:

votanti	45
voti favorevoli	21
voti contrari	21
astensioni	3

Il Consiglio non approva.

Dò lettura del prossimo emendamento, a firma dei cons. Divina, Casagrande, Boldrini ed altri, prot. n. 12000, che recita:

Dopo il primo comma dell'art. 9-bis è introdotto il comma 1-bis:

1-bis. Alla lettera c) del 1 comma dell'art. 10 del testo coordinato delle disposizioni contenute nel T.U. approvato con D.P.G.R. 29 gennaio 1987, n. 2/L e L.R. 22 agosto

1988, n. 19, L.R. 28 dicembre 1989, n. 9, L.R. 26 febbraio 1990, n. 4 e L.R. 26 febbraio 1990, n. 5, dopo le parole “20.000 abitanti” sono aggiunte le seguenti “per la Provincia di Bolzano e ai 3000 abitanti per la Provincia di Trento;”.

**DENICOLÒ:** Änderungsantrag zum Änderungsantrag zu Art. 4. Eingbracht von Binelli, Andreotti, Taverna, Divina, Casagranda, Boldrini, Atz usw.

Nach Absatz 1 des Artikels 9-bis wird folgender Absatz 1 bis eingefügt:

1-bis Bei Art. 10, Abs. 1, Buchst. c) des koordinierten Textes der Bestimmungen, die in dem mit D.P.R.A. vom 29. Jänner 1987, Nr. 2/L genehmigten Einheitstext, im RG vom 22. August 1988, Nr. 19, im RG vom 28. Dezember 1989, Nr. 9, im RG vom 26. Februar 1990, Nr. 4 und im RG vom 26. Februar 1990, Nr. 5 enthalten sind, werden nach den Worten „20.000 Einwohnern“ folgende Worte eingefügt: „in der Provinz Bozen und von über 3.000 Einwohnern in der Provinz Trient“.

**PRESIDENTE:** Ha chiesto di intervenire la cons. Klotz, prego.

**KLOTZ:** Bitte zum Fortgang der Arbeiten. Ich habe den Abänderungsantrag, daß also Bürgermeister und Assessoren von Gemeinden mit über 5.000 Einwohnern von der Kandidatur ausgenommen werden sollen eingebracht. Ich ersuche Sie, diesen Antrag entweder als Unterantrag zu jenem der Lega zu behandeln oder, sollte der Antrag Lega durchgehen, diese 5.000 für Bozen zu präzisieren, denn sonst kann das nicht vereint werden. Aber mein Antrag muß in jedem Fall behandelt werden, entweder als Subantrag zum Antrag Lega oder mit der Spezifizierung: 5.000 für die Provinz Bozen.

**PRESIDENTE:** Da parte della Presidenza c'è la massima disponibilità, ma se non c'è l'assenso da parte dei firmatari del subemendamento, non posso che prendere atto.

Ha chiesto la parola la cons. Zendron, prego.

**ZENDRON:** Sull'ordine dei lavori. Credo che lei debba trovare il modo tecnico e non cancellare la volontà della cons. Klotz, la quale chiede di modificare una cosa che l'emendamento della Lega non chiede di modificare e che è stato presentato prima dell'emendamento della Lega. Quindi secondo me non si può annientare questa volontà di modifica, le suggerisco il modo tecnico, però non credo che sia possibile cancellare completamente la proposta di modifica, perché l'emendamento della cons. Klotz è stato presentato prima, se non erro.

**PRESIDENTE:** No, collega, è stato presentato dopo.

**ZENDRON:** Allora prima viene la modifica minore i “20.000” a Bolzano per intenderci. Cioè la questione sostanziale è questa: la cons. Klotz vuole 5000 e la Lega Nord del Trentino vuole 20.000 per Bolzano e bisognerebbe trovare un modo per votare entrambe queste due proposte.

**PRESIDENTE:** Il Presidente non può trovare una soluzione politica, caso mai avrei potuto prendere in considerazione la proposta della collega, se avesse fatto un subemendamento all'emendamento Divina, Boldrini ed altri, sarebbe possibile, ma mancando la disponibilità e questa mi pare che non sia dichiarata, di accettare il subemendamento da parte della collega Klotz, avendolo presentato dopo il subemendamento della Lega, la Presidenza nulla può, collega Zendron.

Ha chiesto di intervenire il cons. Ianieri.

**IANIERI:** Presidente, sinceramente non continuo a comprendere queste differenze tra le due Province di Bolzano e di Trento, sono contrario al fatto che si continui con queste differenziazioni, per me deve essere uguale sia a Bolzano che a Trento, non è assolutamente concepibile, voto contro.

**PRESIDENTE:** Vi è un po' di nervosismo in aula, colleghi, vi prego di prendere posto.

Collega Zendron, lei ha richiesto al Presidente di trovare tecnicamente la possibilità di poter recuperare e non fare decadere il subemendamento della collega Klotz. Ho spiegato che è stato presentato dopo l'emendamento della Lega, se c'è la possibilità da parte dei firmatari dell'emendamento, possiamo attivarci per non fare decadere la proposta emendativa della collega Klotz, chiedo una disponibilità da parte della Lega. Prego, collega Divina.

**DIVINA:** Fermo restando, Presidente, che noi abbiamo a cuore che questa legge passi così com'è con il subemendamento che abbiamo presentato, se è tecnicamente possibile, però questo lo deve decidere la Presidenza, far diventare l'emendamento Klotz un subemendamento al nostro emendamento, cioè se le due cose si sposano, vale a dire integrare l'ineleggibilità non solo ai sindaci dei comuni superiori a 3000, ma anche agli assessori, per cui sarebbe un'estensione, potrebbe essere visto come un subemendamento all'emendamento da me presentato, questo può essere anche accettato, perché va nel senso di estensione.

Se le cose stanno in questo ambito, dove è possibile considerarlo tale e farlo entrare come estensivo del criterio da noi introdotto può anche andar bene, viceversa veda lei.

**PRESIDENTE:** Il Presidente non ha capito niente e chiedo scusa. Collega Klotz, concedo 10 minuti di sospensione dei lavori per trovare eventualmente un accordo.

Ha chiesto la parola la cons. Klotz.

**KLOTZ:** Herr Präsident, die Sache ist eigentlich ganz einfach. Kollege Divina hat erklärt, daß er bereit ist, meinen Antrag als Unterantrag, als „subemendamento“ zu seinem Antrag zu akzeptieren, wenn ich die Zahl auf 3.000 festlege und als Änderung bleibt, daß nicht nur die Bürgermeister von der Kandidatur ausgeschlossen sind, sondern Bürgermeister und Assessoren von Gemeinden mit über 3.000 Einwohnern. Dann ist er

einverstanden und infolgedessen müßte er gleich wählbar sein. Der Unterschied ist: Divina beschränkt es auf die Bürgermeister und ich weite es aus auf Bürgermeister und Assessoren und er ist einverstanden. Bozen und Trient, für die gesamte Region gleich.

**PRESIDENTE:** Collega Klotz, per lei è tutto chiaro, per me non è chiaro, la forma diventa sostanza, posso cercare di trovare modo e maniera di risolvere il problema, però se non c'è un'accettazione chiara e precisa da parte dei presentatori dell'emendamento sul quale stiamo discutendo, non posso accettare il suo subemendamento.

Sospendo i lavori del Consiglio per 5 minuti, perché alla Presidenza deve essere presentata una proposta chiara.

I lavori sono sospesi per 10 minuti.

(ore 16.25)

(ore 16.35)

### **Präsident Peterlini übernimmt den Vorsitz** **Assume la Presidenza il Presidente Peterlini**

**PRÄSIDENT:** Prego prendere posto, consiglieri. Wir kommen jetzt zum nächsten Abänderungsantrag der Abg. Klotz, den die Abgeordnete als Subantrag zum Antrag der Lega eingebracht hat und damit ist das Problem gelöst. Er sieht folgendes vor:

Nach Absatz 1 soll folgender Satz eingefügt werden: Amtierende Bürgermeister und Assessoren von Gemeinden mit über 5.000 Einwohnern sind von der Kandidatur für den Regionalrat ausgeschlossen.

Italiano: Non possono candidarsi alla carica di consigliere regionale i sindaci e gli assessori in carica dei comuni con popolazione superiore ai 5.000 abitanti.

Ah, da haben Sie einen neuen Antrag eingereicht: Amtierende Bürgermeister und Assessoren von Gemeinden mit über 5.000 Einwohnern der Provinz Bozen sind von der Kandidatur für den Regionalrat ausgeschlossen.

Gilt dann der andere Antrag als zurückgezogen Frau Abg. Klotz? Der ursprüngliche, der die gesamte Region betroffen hat, gilt als zurückgezogen, jetzt steht der Subantrag: in der Provinz Bozen 5.000 als Grenze festzulegen.

Was ist mit dieser Rednerliste? Volevate tutti la parola adesso, Divina, Zendron usw.

**DIVINA:** C'è stato sicuramente un'incomprensione, era un subemendamento inaccettabile, le condizioni di accettabilità erano che non si rompesse l'equilibrio dell'emendamento nostro, che non toccava assolutamente niente su Bolzano, introduceva la nuova limitazione con 3000 per Trento, mi sembra che questo subemendamento va a scompaginare l'intero emendamento, per quanto può valere non posso accettare il subemendamento.

**PRÄSIDENT:** Lei voleva dire che non è d'accordo, perchè si è voltato all'aula e non ha accettato. Steht der Antrag Klotz? Abg. Zendron bitte.

**ZENDRON:** La mia opinione è dire che voterò a favore del subemendamento della cons. Klotz e voterò contro l'emendamento della Lega, perché trovo veramente una cosa scandalosa che le differenze che vengono introdotte nella legislazione tra Bolzano e Trento riguardano i diritti.

Non riesco a capire per quale ragione i sindaci di Bolzano si possono candidare e con l'elezione diretta fa saltare i consigli comunali, quando hanno 5 mila abitanti, ma i sindaci non dovrebbero mai candidarsi, perché hanno preso un impegno con i loro elettori e questo impegno è uno scandalo che per pure ragioni di vanità o carriere personali vengono lasciati, ma la proposta della Lega è gravissima, dire che a Trento si mette un limite sui 3000, perché di poca importanza e lasciare che a Bolzano, sotto i 20 mila abitanti i sindaci si possano candidare e far decadere i consigli comunali, lo trovo proprio scandaloso. Credo che questo vada detto.

**PRÄSIDENT:** Danke, der nächste Redner ist der Abg. Atz.

**ATZ:** Ich verzichte darauf. Geht schneller.

**PRÄSIDENT:** Der Abgeordnete Willeit hat das Wort. Bitte.

**WILLEIT:** Vorrei prendere posizione in merito, però non ho alcuna proposta scritta in mano.

Vorrei chiedere, a chi ha presentato questo emendamento, alla collega Klotz, il criterio di differenziazione, fra il piccolo, medio, grande comune, sappiamo che in quel di Trento probabilmente nei 5000 ci sta oltre il 90% dei comuni, sappiamo che in quel di Bolzano ne abbiamo qualcuno un po' maggiore, però anche la maggior parte dei comuni vi rientrano; sappiamo che le funzioni sono uguali per il comune di Trento e per quello di Bolzano, sappiamo che sono uguali per il piccolo, medio e grande comune, sappiamo che le paghe sono uguali fino a 10 mila abitanti, quale criterio quindi può stare alla base di questa differenziazione, quella della incompatibilità del cumulo delle cariche?

A dire il vero, quando si fanno delle proposte di questa portata, si dovrebbe fornire una chiara motivazione, sappiamo che con le dimissioni del sindaco si scioglie il consiglio. Accetterei volentieri la proposta della collega Klotz, ma dovrà chiarirmi bene i motivi, distinguendo le istituzioni comunali e provinciali, le cariche di sindaco con le cariche di consigliere, sia nel momento della elezione, sia nel momento del dopo elezione.

**PRÄSIDENT:** Danke, das Wort hat Abg. Gasperotti, bitte.

**GASPEROTTI:** Molto brevemente, Presidente. Questioni di principio non dovrebbero mai trovare mediazioni, ma la necessità talvolta riesce a far comprendere meglio il problema, soprattutto in una prima fase come questa, che è stata l'elezione diretta del sindaco. L'elezione diretta del sindaco impegna il sindaco e questo impegno il candidato lo prende con i propri elettori, sapendo in caso di sue dimissioni si rifanno le elezioni.

Non ho mai approvato questo sistema, in quanto non è democratico, non fa partecipare alla democrazia, luoghi di mediazione politica non ce ne sono più, il sindaco rappresenta la comunità, cade il sindaco e la comunità deve esprimere un personaggio nuovo, tutto il consiglio ed anche il sindaco. Questo è un sistema che deve costringere i sindaci ad essere coerenti con il proprio elettorato, con il quale hanno preso l'impegno di cinque anni e questo impegno lo devono mantenere, lo hanno sottoscritto davanti al segretario comunale .

Presidente, il problema è, se riusciamo a trovare in questa prima fase, che sono i cinque anni, cose diverse di quell'obiettivo che dicevo io, cioè se i sindaci che credevano di scherzare, senza subire violenze, riescono a capire che quell'impegno è un impegno sacrosanto. Con questo sistema elettorale ci vorrebbe uno sbarramento che dica che i sindaci hanno scelto di essere candidati e se sono eletti rimangono in carica fino alla fine del mandato, se si dimettono lo fanno per non attivarsi in altre situazioni di elezione. Grazie Presidente.

**PRÄSIDENT:** Es ist eine heikle Materie meine Damen und Herren und ich bin dabei, es möglichst korrekt zu prüfen. Das Problem, das aufgetaucht ist, ist verfassungsrechtlicher Natur. Nachdem es nicht um Systemregelung geht, sondern um persönliche Rechte, haben mir die Rechtsberater einstimmig - alle drei - mitgeteilt, daß die Norm verfassungswidrig ist, wenn wir differenzieren zwischen Bozen und Trient. Somit kann ich nur Vorschläge zur Abstimmung bringen, die für Bozen und Trient, was die persönlichen Rechte betrifft, die gleiche Regelung vorsehen. Es tut mir leid. Wahlgesetz und Regelungen können unterschiedlich sein, persönliche Rechte nicht.

Abg. Willeit, ich habe da eindeutige Rechtsberater. Bitte Klotz und Benedikter.

**KLOTZ:** Diese ganze Aufregung ist eigentlich entstanden, weil man meinen ursprünglichen Text nicht zugelassen hat. Ihr Kollege Tretter hat mir gesagt, wenn ich den Änderungsantrag bringe, so daß er eben mit dem Änderungsantrag der Lega übereinstimmt, dann könne er ihn akzeptieren. Die Lega aber wollte für Bozen keine Änderung, sondern nur für Trient, deshalb, Herr Präsident - entschuldigen Sie -, dann soll der ursprüngliche Text abgestimmt werden. Ich war ja dieser Meinung von vornherein.

**PRÄSIDENT:** Nachdem ich deutlich begründet habe, daß ich einen Antrag mit differenzierten persönlichen Rechten nicht zulasse, kommt der ursprüngliche Antrag der Abg. Klotz zur Behandlung und Abstimmung, der eine Grenze in der gesamten Region von 5.000 Einwohnern vorsieht.

Ich sehe keine Wortmeldungen, damit stimmen wir ab. Wer für die Grenze ist, möge bitte die Hand erheben. Bitte zählen. Wer stimmt dagegen. Bitte ruhig sein und sich möglichst hinsetzen. Es ist schwierig zu zählen. Bitte Platz zu nehmen, wir müssen noch einmal zählen. Prego prendere posto.

Der Abg. Denicolò schlägt den Namensaufruf vor. Wer schließt sich dem Antrag an? Danke, damit wird der Namensaufruf gemacht. Appello nominale. 5.000 Einwohner für die gesamte Region. Wir beginnen alphabetisch.

*(segue votazione per appello nominale)*

**DENICOLO’:** Achmüller (*nein*), Alessandrini (*non presente*), Andreotti (*non presente*), Atz (*nein*), Benedetti (*non presente*), Benedikter (*ja*), Benussi (*si*), Berger (*nein*), Binelli (*no*), Boldrini (*si*), Bolzonello (*si*), Bondi (*non presente*), Casagranda (*no*), Chiodi-Winkler (*si*), Cigolla (*si*), Conci-Vicini (*non presente*), Dalbosco (*non presente*), Delladio (*non partecipo alla votazione*), Denicolò (*nein*), De Stefani (*non presente*), Di Puppò (*si*), Divina (*si*), Durnwalder (*non presente*), Fedel (*si*), Feichter (*nein*), Frasnelli (*non presente*), Frick (*non presente*), Gasperotti (*si*), Giordani (*non presente*), Giovanazzi (*astenuito*), Grandi (*no*), Holzer (*non presente*), Holzmann (*si*), Hosp (*nein*), Ianieri (*si*), Kasslatte Mur (*nein*), Klotz (*ja*), Kofler (*non presente*), Kury (*ja*), Laimer (*nein*), Leitner (*ja*), Leveggi (*si*), Mayr C. (*nein*), Mayr J. (*non presente*), Messner (*nein*), Minniti (*si*), Montefiori (*non presente*), Morandini (*si*), Moser (*non presente*), Munter (*nein*), Muraro (*non presente*), Pahl (*nein*), Palermo (*non presente*), Pallaoro (*non presente*), Panizza (*si*), Passerini (*si*), Peterlini (*nein*), Pinter (*non presente*), Romano (*non presente*), Saurer (*nein*), Tarfusser (*ja*), Taverna (*si*), Tosadori (*si*), Tretter (*si*), Valduga (*non presente*), Vecchi (*non presente*), Viola (*non presente*), Willeit (*si*), Zanoni (*non presente*), Zedron (*si*).

**PRÄSIDENT:** Bitte Platz zu nehmen. Wir gehen weiter. Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abstimmende:	45
Ja-Stimmen:	26
Nein-Stimmen:	17
Stimmenthaltungen:	1

Damit ist der Antrag genehmigt.

Damit kommen wir zum nächsten Antrag. Der nächste Antrag Pinter - 1\quater, Protokollnummer 11990\4.

Al comma 5 dell’articolo 12 usw., dopo le parole: „o assistenziali“ sono inserite le parole „o comunque senza scopo di lucro“.

Auf deutsch: ...oder jedenfalls ohne Gewinnabsichten tätig sind. Abg. Pinter möchten Sie das Wort dazu oder Abg. Gasperotti? Der Antrag ist sehr klar. Keine Wortmeldung, dann bringen wir den Antrag zur Abstimmung. Wer dafür ist, möge bitte



die Hand erheben. Gegenstimmen? Danke, danke. Wer stimmt dagegen. Ja, ich muß es noch einmal erklären. Es geht darum, daß nicht nur die Sozialvereine nicht unter das Verbot der Kandidatur fallen, sondern alle jene, die keine Gewinnabsichten verfolgen. Wer stimmt dagegen? Niemand. Wer enthält sich der Stimme? 9 Enthaltungen, keine Gegenstimme und der Rest Ja-Stimmen, der Antrag ist genehmigt.

Ein Antrag des Abg. Willeit zum dritten Absatz kommt jetzt zur Behandlung.

a) tre esemplari del contrassegno, anche figurato e colorato, contenuto in un cerchio di dieci centimetri di diametro e tre esemplari del medesimo contrassegno contenuto in un cerchio di tre centimetri di diametro da utilizzare ... bitte Abg. Willeit lesen Sie es vor, ich kann es nicht lesen ...i primi per i manifesti ...

Ich lese es auf deutsch: a) drei Ausfertigungen eines Listenzeichens, auch bildlich dargestellt und in Farbe, in einem Kreis von zehn Zentimetern Durchmesser und drei Ausfertigungen desselben Listenzeichens in einem Kreis von drei Zentimetern Durchmesser, wobei die ersten für die Wahlplakate und die zweiten für die Stimmzettel sowie für die anderen formellen Verpflichtungen zu verwenden sind.“ Danke.

**WILLEIT:** Subemendamento, prot. n. 12007, a firma del cons. Willeit: introduzione dell'art. 4-Bis:

Art. 4 bis  
(Procedura elettorale)

1. La lettera a) del primo comma dell'art. 19 della legge 8 agosto 1983 n. 7 è sostituita dalla seguente:

a) Tre esemplari del contrassegno, anche figurato e colorato, contenuto in un cerchio di dieci centimetri di diametro e tre esemplari del medesimo contrassegno contenuto in un cerchio di tre centimetri di diametro, da utilizzare i primi per i manifesti elettorali e i secondi per le schede di votazione oltre che per gli altri adempimenti formali;".

**PRÄSIDENT:** Der Abgeordnete Willeit hat das Wort. Bitte.

**WILLEIT:** Grazie signor Presidente. Brevissimamente, trattasi di un accorgimento tecnico e null'altro. L'attuale legge, per quanto mi risulta, non prevede la misura esatta del piccolo simbolo, quale viene raffigurato sulle schede di votazione, ma lo prevedono altre norme per altre elezioni, come è previsto anche in questo emendamento della Giunta nella misura di due centimetri; un diametro di due centimetri in un cerchio è piccolissimo, non dà spazio alla raffigurazione grafica, né del movimento, né della lista, tanto meno vi fossero delle formazioni che vogliono esprimere, attraverso questo simbolo, una o due posizioni, non riescono a farlo perché troppo piccolo.

Chiedo pertanto e confido nella accettazione di ampliare di un centimetro questo piccolo cerchio, cioè di portarlo da due a tre centimetri di diametro, per dare

spazio alla raffigurazione grafica e per offrire maggiore visualità e facilità nell'interpretazione da parte dell'elettore, anche l'elettore fa molta meno fatica ad individuare il proprio simbolo e la propria lista.

Per cui ritengo che la proposta abbia una sua validità tecnica e politica.

**PRÄSIDENT:** Danke, das ist also der Abänderungsantrag Prot. Nr. 120007. Danke, Abg. Willeit. Zu Wort gemeldet hat sich Abg. Divina. Consigliere, vuole la parola o no? Danke. Das Anliegen ist klar, ich sehe keine Wortmeldungen, somit stimmen wir über den Antrag des Abg. Willeit ab. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. 20 Ja-Stimmen. Wer stimmt dagegen? Bitte die Hand oben halten, wir müssen zählen. 18 Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? 2 Enthaltungen. Damit ist der Antrag des Abg. Willeit genehmigt.

Wir kommen zum Paket Pinter zurück - 11990\5:

Al comma 5 sono aggiunte le seguenti parole: „ad eccezione di quelli rientranti nel settore del credito.“

Auf deutsch bitte:...“mit Ausnahme jener, die in den Bereich des Kreditwesens fallen.“

Der Antrag ist klar, die Kreditkörperschaften sozusagen von dieser Ausnahme auszunehmen. Antrag 11990. Es geht immer um die Bereiche, die von der Unvereinbarkeit ausgenommen sind, aber da steht, wenn es sich um Körperschaften, Institute, Vereine und Gesellschaften handelt, die ausschließlich kulturelle, sportliche, gewerkschaftliche, religiöse oder den Fürsorgebereich betreffende Ziele verfolgen, sowie - das haben wir schon ergänzt - auf jeden Fall keinen Gewinnzweck verfolgen und jetzt kommt noch hinzu: mit Ausnahme jener, die in den Kreditbereich hineinfallen. Wo ist der Abg. Pinter? Er ist nicht da. Das ist also jetzt die Ausnahme von der Ausnahme. Sie sollen also schon unvereinbar sein, kurz ausgedrückt.

Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Wer stimmt dafür? 12 Ja-Stimmen. Wer stimmt dagegen? Das ist die große Mehrheit, wir brauchen nicht zu zählen. Wer enthält sich der Stimme? 3 Enthaltungen. Damit ist der Antrag bei 12 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen und dem Rest Nein-Stimmen abgelehnt.

Antrag Pinter 11990\6:

„L'omessa comunicazione o la comunicazione non corrispondente al vero è causa di decadenza dal mandato di consigliere regionale. Spetta alla commissione di convalida proporre al Consiglio la decadenza del Consigliere responsabile dell'omessa comunicazione o della comunicazione non veritiera.“

„Wird es unterlassen die Mitteilung vorzunehmen oder falls eine nicht wahrheitsgetreue Mitteilung gemacht wird, so hat dies den Verfall vom Mandat eines Regionalratsabgeordneten zur Folge. Es steht der Wahlbestätigungskommission zu, dem Regionalrat den Amtsverfall des Regionalratsabgeordneten vorzuschlagen, welcher die Mitteilung nicht oder eine nicht wahrheitsgetreue Mitteilung gemacht hat.“

Der Antrag ist zulässig. Es geht also darum, daß für eventuelle Unvereinbarkeiten jeder Kandidat erklären muß, welche Ämter er bekleidet und wenn er das nicht tut, dann verfällt er. Das ist der Antrag des Abg. Pinter.

Ich sehe keine Wortmeldungen, wir stimmen also ab. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. 12 Ja-Stimmen. Wer stimmt dagegen? Die Mehrheit stimmt dagegen. Wer enthält sich der Stimme?. Bei 12 Ja-Stimmen, drei Enthaltungen und dem Rest Nein-Stimmen ist der Antrag abgelehnt.

Immer das gleiche Pinter-Paket, 11990\7. Es geht um die Unterschriftenzahlen, um die Liste vorzulegen. Il numero delle firme per le liste.

Le parole „meno di 400 e non più di 600“ sono sostituite dalle parole „meno di 800 e non più di 1.200.“

Damit wird die Zahl der Unterschriften von 400 - 600 hinaufgesetzt - das waren sie - und jetzt kommen sie von 800 auf 1.200, und zwar für die Vorlage der Liste.

Wer für den Antrag ist, möge bitte die Hand erheben. Niemand. Wer stimmt dagegen? Die große Mehrheit. Wer enthält sich der Stimme? Bei 1 Ja-Stimme, 5 Enthaltungen und dem Rest Nein-Stimmen ist der Antrag des Abg. Pinter abgelehnt.

11990\8 - Antrag des Abg. Pinter. Da ist eine andere Zahl, eine höhere Zahl. Statt 400 - 600 Unterschriften 1.200 - 1.800 Unterschriften.

Wer für die Erhöhung in diesem Sinne ist, möge bitte die Hand erheben. Niemand. Wer stimmt dagegen? Die Mehrheit. Wer enthält sich der Stimme? Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben. Keine Ja-Stimme, der Rest Gegenstimmen und 5 Enthaltungen. Danke, damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Abg. Atz, bitte.

**ATZ:** Ich möchte um 10 Minuten Unterbrechung ersuchen, weil ich die Fraktion einberufen möchte.

**PRÄSIDENT:** Wenn dem so ist, dann müssen wir das Gesetz unterbrechen. Abg. Zendron bitte, zum Antrag.

**ZENDRON:** Poiché oggi non abbiamo anticipato la seduta alle 14.30 come era stato richiesto, perché c'era la riunione del gruppo dello SVP, le chiedo di non accettare questa interruzione, per la seguente ragione: se noi non facciamo la legge oggi significa che non la faremo mai più, perché questa è l'unica data possibile per gli adempimenti che sono necessari.

**PRÄSIDENT:** Danke, Frau Abg. Zendron, ich habe verstanden. Damit müssen wir darüber abstimmen.

Wer für die Unterbrechung der Sitzung ist - Antrag zurückgezogen. Wir gehen also weiter, damit ist der Antrag hinfällig. Danke.

Jetzt kommt 11990\2: ...è di quattro“ sono sostituite dalle parole „è di due“.

Das heißt auf deutsch: Die Worte „beträgt vier“ im Absatz 2 werden durch die Worte „beträgt zwei“ ersetzt.

Der Abg. Pinter schlägt da also vor, die Zahl der Vorzugsstimmen von vier auf zwei zu reduzieren.

Keine Wortmeldung. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. 4 Ja-Stimmen. Wer stimmt dagegen? Die Mehrheit. Wer enthält sich der Stimme? Bei 4 Enthaltungen, 4 Ja-Stimmen und dem Rest Nein-Stimmen ist der Antrag abgelehnt.

Damit kommen wir zum letzten Antrag Pinter.

„21 bis. Il comma 2 dell’articolo 69 è soppresso“.

„21 bis. Absatz 2 des Artikels 69 ist aufgehoben.“

Wir haben ihn verlesen. Es geht da um die Abschaffung eventueller Proteste und Beschwerden beim Präsidium des Regionalrates.

Wer mit dem Antrag einverstanden ist, möge die Hand erheben. Niemand. Wer stimmt dagegen? Die Mehrheit. Wer enthält sich der Stimme? Bei 5 Enthaltungen, ohne Ja-Stimmen und dem Rest Nein-Stimmen ist der Antrag abgelehnt.

Damit haben wir das Abänderungspaket fertig. Es kommt ein Antrag des Abg. Casagranda, Grandi und andere:

„I non vedenti, gli amputati delle mani, gli affetti da paralisi o da altro impedimento di analoga gravità, i cittadini handicappati impossibilitati ad esercitare autonomamente il diritto di voto esercitano il diritto medesimo con l’aiuto di un accompagnatore che sia stato volontariamente scelto. L’accompagnatore deve essere iscritto nelle liste elettorali di un comune della regione.“

„Die Blinden, die Handamputierten, die durch Lähmung oder anderswie gleich schwer Behinderten sowie die behinderten Bürger, die nicht in der Lage sind, ihr Wahlrecht selbständig auszuüben, tun dies mit Hilfe eines freiwillig erwählten Begleiters. Der Begleiter muß in den Wählerlisten einer Gemeinde der Region eingetragen sein.“

Abg. Willeit, bitte

**WILLEIT**: Non intendo impegnare inutilmente il tempo, ma desidero ricordare una circostanza strettamente collegata ad una mia proposta non tanto remota, sulla creazione della possibilità di rendere proprio i non vedenti più autonomi anche in questa circostanza, cioè di passare dall’assistenza anche all’autosufficienza e la proposta riguardava semplicemente la predisposizione di schede nella scrittura adeguata per i non vedenti, il che dovrebbe essere più che facile in tal modo, questa categoria di cittadini potrebbe prescindere dall’assistenza, potrebbe esprimere il voto autonomamente, potrebbe vedersi confermate le proprie capacità e possibilità.

Invito la Regione, la Giunta ad esaminare questa possibilità e di passare finalmente dalla vecchia abitudine di portare per mano chi non ne ha bisogno, chi oggi né ieri ne aveva bisogno, per permettere di esprimere il suo diritto politico o la sua opinione politica in modo indipendente, autonomo e anche segreto, perché l’accompagnare non è più segreto, che sia il padre, la madre o il figlio.

**PRÄSIDENT**: Danke. Präsident Grandi, bitte.

**GRANDI:** Brevemente per dire che l'emendamento contiene sostanzialmente ciò che può essere fatto a favore dei non vedenti e di altri portatori di handicap, però oltre questo non si può andare.

Volevo poi dire al cons. Willeit che non è possibile recepire quanto propone, poiché sulla scheda dovremo mettere le punzonature in Braille e questo renderebbe riscontrabile il voto. Quindi non sarebbe garantito il principio della segretezza e pertanto non possiamo accogliere l'invito che ci è stato avanzato.

**PRÄSIDENT:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann stimmen wir über den Antrag ab. Namentliche Abstimmung? Ist der Antrag des Abg. Achmüller zurückgezogen? Danke.

Wer für den Antrag der Abg. Casagranda, Grandi und anderer zugunsten der Blinden und andere Behinderten ist, möge bitte die Hand erheben. Danke, das ist die breite Mehrheit. Wer stimmt dagegen? 6 Gegenstimmen. Wer Enthält sich der Stimme? 6 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen, der Rest Ja-Stimmen. Damit ist der Antrag genehmigt.

Es folgt ein Streichungsantrag des Abg. Gasperotti zum Absatz 25.

Bitte Abg. Gasperotti zur Erläuterung.

Si tratta dello stralcio del comma 25 che prevede lo spostamento delle elezioni dei sindaci e dei consigli comunali. Prego.

**GASPEROTTI:** Molto brevemente, Presidente, so che non sarò ascoltato, ma a me interessa che una legge non contenga questioni che sono riferite quasi alla persona.

Allora la legge dica: la coincidenza delle elezioni comunali con quelle regionali devono essere distanziate di 15 giorni, si dica una volta per tutte, perché il Presidente della Giunta regionale, con un suo decreto, stabilisce la data secondo una regola precisa, le nuove disposizioni sono i turni, o la primavera o l'autunno. Allora c'è chi farà una speculazione fino all'ultimo minuto per dare le dimissioni, perché questa diventi un passaggio a sei anni di legislatura, invece che cinque.

Ritengo che tale questione non possa essere oggetto di discussione su questa legge. Vogliamo fare una questione morale fino in fondo? Presidente della Giunta, Grandi, lei si assuma la responsabilità di indire le elezioni comunali compatibilmente con quelle regionali, non so se sarà possibile sovrapporle, il TAR l'ultima volta ci ha costretto a spostarle in avanti, si faccia in modo che non si spostino per sei mesi, perché questo avviene con una disposizione che non è legislativa per sempre, allora in legge non metta queste cose, perché dietro questa disposizione di legge le posso anticipare che il comune di Trento sarà il secondo comune che si attiverà perché quel nuovo consiglio comunale resterà in carica sei anni.

Questo è l'effetto, allora si vende anche tale questione nelle composizioni delle liste e di quant'altro, non è possibile, ritengo sia contro ogni morale, si adottino tutti i sistemi, si faccia consigliare bene e vedrà che vi sono molti sistemi per evitare che si impugni la questione davanti al TAR.

**PRÄSIDENT:** Sind andere Wortmeldungen? Niemand von den Abgeordneten, dann gebe ich das Wort dem Präsidenten.

**GRANDI:** Intervengo per rassicurare il cons. Gasperotti, che il caso che lei lamenta non è quello contemplato in questo comma, nel senso che ivi si prevede che, qualora vi siano dei sindaci che si dimettono e quindi quei comuni che finiscono per perdere i rispettivi sindaci, entro il primo di settembre, per questi si salta il turno delle elezioni autunnali. Questo viene fatto per evitare che il cittadino sia costretto a votare sostanzialmente nel giro di 20 mesi due volte, non c'entra quindi, tanto per essere esplicito, l'insieme di eventuali casi di sindaci che si dimettono per candidare alle elezioni regionali, quindi questo articolo non riguarda i sindaci che eventualmente decidono di candidare, perché per costoro vale la norma che abbiamo fatto all'inizio di legislatura, quando era ancora assessore Giovanazzi, che prevede che in questo caso specifico, cioè quando si vota nell'anno antecedente alle elezioni si vada a votare e la legislatura dura sei anni.

Quindi la fattispecie che lei evidenzia non è quella per la quale noi abbiamo pensato a questo comma, si riferisce solo ed esclusivamente a quei comuni che perdono il sindaco entro il mese di settembre.

Coloro che candidano si dimetteranno di sicuro dopo il primo di settembre, invece noi, tanto per essere molto espliciti, abbiamo due casi: uno è in Alto Adige ed è il comune di Campo di Trens, l'altro è il comune di Arco, se noi non prevediamo questo praticamente sovrapponiamo le elezioni comunali con quelle provinciali nel medesimo periodo, per evitare questo sostanzialmente prevediamo che ci sia questo slittamento alla primavera dell'anno prossimo per le elezioni ed a quel punto il cittadino sa che vota per una legislatura che dura sei anni. Quindi questo non c'entra nel modo più assoluto per ciò che accadrà con l'ascesa in campo di eventuali candidati a sindaco per le regionali.

**PRÄSIDENT:** Danke. Wir stimmen ab über den Steichungsantrag des Abg. Gasperotti. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Bitte zählen. 13 Ja-Stimmen. Wer stimmt dagegen? Bitte zählen. Das ist die Mehrheit. Wer enthält sich der Stimme? Danke. 13 Ja-Stimmen, der Rest Nein-Stimmen, ohne Enthaltungen. Der Antrag ist abgelehnt...era la maggioranza...la votazione viene ripetuta. Wer stimmt für den Antrag des Abg. Gasperotti? Bitte die Hand oben halten, damit wir zählen können. 21 Ja-Stimmen. Wer stimmt dagegen? 21. Wer enthält sich der Stimme.

Namentliche Abstimmung. In alphabetischer Reihenfolge bitte.

*(segue votazione per appello nominale)*

**DENICOLO':** Achmüller (*nein*), Alessandrini (*non presente*), Andreotti (*non presente*), Atz (*nein*), Benedetti (*non presente*), Benedikter (*ja*), Benussi (*sì*), Berger (*nein*), Binelli (*sì*), Boldrini (*non presente*), Bolzonello (*sì*), Bondi (*non presente*), Casagranda (*no*), Chiodi-Winkler (*non presente*), Cigolla (*no*), Conci-Vicini (*non presente*), Dalbosco (*non presente*), Delladio (*sì*), Denicolò (*nein*), De Stefani (*non presente*), Di Puppò (*sì*),

Divina (*non presente*), Durnwalder (*nein*), Fedel (*non presente*), Feichter (*nein*), Frasnelli (*non presente*), Frick (*nein*), Gasperotti (*sì*), Giordani (*non presente*), Giovanazzi (*sì*), Grandi (*no*), Holzer (*non presente*), Holzmann (*sì*), Hosp (*nein*), Ianieri (*sì*), Kasslatte Mur (*nein*), Klotz (*ja*), Kofler (*non presente*), Kury (*ja*), Laimer (*nein*), Leitner (*ja*), Leveghi (*non presente*), Mayr C. (*nein*), Mayr J. (*non presente*), Messner (*nein*), Minniti (*non presente*), Montefiori (*non presente*), Morandini (*sì*), Moser (*non presente*), Munter (*nein*), Muraro (*non presente*), Pahl (*nein*), Palermo (*non presente*), Pallaoro (*non presente*), Panizza (*no*), Passerini (*sì*), Peterlini (*nein*), Pinter (*non presente*), Romano (*non presente*), Saurer (*non presente*), Tarfusser (*ja*), Taverna (*sì*), Tosadori (*sì*), Tretter (*no*), Valduga (*non presente*), Vecli (*non presente*), Viola (*non presente*), Willeit (*sì*), Zanoni (*sì*), Zedron (*sì*).

**PRÄSIDENT:** Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben.

Abstimmende:	41
Ja-Stimmen:	21
Nein-Stimmen:	20

Damit ist der Antrag genehmigt.

Damit wird der gesamte Artikel 4 zur Abstimmung gebracht. Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Die breite Mehrheit. Wer stimmt dagegen. Niemand. Wer enthält sich der Stimme? Wir haben nur mehr zwei Abstimmungen.

Die Finanzbestimmung:

„Agli oneri relativi alla presente legge, che ammontano a lire 1 miliardo per l'esercizio finanziario 1998 si farà fronte con i fondi già stanziati sul capitolo 1500 per l'esercizio finanziario in corso.

Per gli esercizi successivi si provvederà con legge di bilancio ai sensi dell'articolo 7 e nei limiti dell'articolo 14 della legge regionale 9 maggio 1991, n.10“

„Die sich aus der Anwendung dieses Gesetzes ergebenden Ausgaben, welche sich auf 1 Milliarde Lire belaufen, werden für das Haushaltsjahr 1998 durch die Mittel gedeckt, die im Kapitel 1500 für das laufende Haushaltsjahr bereits eingesetzt wurden.

Die Ausgaben für die darauffolgenden Haushaltsjahre werden durch Haushaltsgesetz im Sinne des Artikels 7 und in den Grenzen gemäß Artikel 14 des Regionalgesetzes vom 9. Mai 1991, Nr. 10 gedeckt.“

„La presente legge entra in vigore il giorno successivo a quello della sua pubblicazione nel Bollettino Ufficiale della Regione“

„Das Gesetz tritt am Tag nach seiner Veröffentlichung im Amtsblatt der Region in Kraft.“

Es ist nicht eine Dringlichkeitsklausel, es ist nur ein schnelleres Inkrafttreten.

Wortmeldungen? Keine. Wer stimmt dafür? Danke. Gegenstimmen? Keine. Enthaltungen. 1 Enthaltung. Damit ist dieser Finanzartikel und das Inkrafttreten genehmigt.

Jetzt kommt noch der Titel. Der ist da ein bißchen ausgeweitet, weil die technischen Normen dazugekommen sind. Er heißt jetzt: „Norme per il contenimento delle spese elettorali per l'elezione del consiglio regionale e modifiche tecniche alla legge regionale 8 agosto 1983, n. 7 e successive modificazioni, concernente l'elezione del consiglio regionale.“

„Bestimmungen zur Beschränkung der Ausgaben für die Durchführung der Wahl des Regionalrates und fachspezifische Änderungen zum Regionalgesetz vom 8. August 1983, Nr. 7 mit seinen späteren Änderungen betreffend die Wahl des Regionalrates.“

Wer dafür ist, möge bitte die Hand erheben. Es geht um den Titel. Danke. Wer stimmt dagegen. Niemand. Enthaltungen? 2 Enthaltungen.

Abg. Gasperotti, bitte.

**GASPEROTTI**: Brevemente, Presidente, so che la legge non dovrebbe essere sospesa e fermata alla dirittura finale, ma certo che un numero così ridotto di consiglieri ci può indurre a pensare che una riflessione notturna non farebbe male.

**PRÄSIDENT**: Danke. Abg. Willeit, bitte.

**WILLEIT**: Due parole soltanto, signor Presidente, per confermare la mia contrarietà alla legge come tale, ai suoi fini, ai suoi effetti pratici e per ribadire ancora una volta che, allorquando si parla di norme procedurali, di organizzazione elettorale, quanto meno e quanto prima andrebbe affrontata la modernizzazione delle elezioni, perché siamo indietro almeno di 100 anni e perché non utilizziamo l'autonomia per riformare il sistema elettivo in modo più moderno, perché dobbiamo ancora chiedere l'assistenza per tutti gli handicappati o per chi presenta qualche difficoltà, perché non ci muoviamo nel senso di votare per posta, presso qualsiasi sede e non solo nella nostra o in quella del tuo paese, credo che abbiamo compiuto diverse di omissioni, cioè non abbiamo studiato a fondo questa legge e ovviamente non è stata discussa adeguatamente né fra le forze politiche, né in sede di commissioni legislative.

**PRÄSIDENT**: Danke. Keine Wortmeldungen mehr? Bitte die Stimmzettel verteilen. Prego distribuire le schede.

Bitte um den Namensaufruf.

*(segue votazione a scrutinio segreto)*

**PRÄSIDENT**: Bitte Platz zu nehmen. Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:



Abstimmende:	42
Ja-Stimmen:	37
Nein-Stimmen:	4
weiße Stimmzettel:	1

Damit genehmigt der Regionalrat das Gesetz. Hiermit ist die Sitzung geschlossen.

(ore 17.56)

## INDICE

### **Disegno di legge n. 4:**

Limitazioni alla propaganda elettorale per l'elezione del Consiglio regionale - modifica della legge regionale 8 agosto 1983, n. 7 e successive modificazioni in materia di elezione del Consiglio regionale (presentato dai Consiglieri regionali Peterlini, Brugger e Pahl)

pag. 1

## INHALTSANGABE

### **Gesetzentwurf Nr. 4:**

Beschränkungen der Wahlwerbung bei Regionalratswahlen - Änderung des Regionalgesetzes Nr. 7 vom 8. August 1983 in geltender Fassung über die Wahl des Regionalrates (eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Peterlini, Brugger und Pahl)

Seite 1

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI  
VERZEICHNIS DER REDNER**

<b>BENEDIKTER Alfons</b> (Gruppo Union für Südtirol)	pag.	1
<b>KLOTZ Eva</b> (Gruppo Union für Südtirol)	"	2-23-52-54-57
<b>PETERLINI Oskar</b> (Gruppo Südtiroler Volkspartei)	"	9
<b>LEITNER Pius</b> (Gruppo Die Freiheitlichen)	"	13
<b>ZENDRON Alessandra</b> (Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc)	"	15-53-55-61
<b>PINTER Roberto</b> (Gruppo Solidarietà - Rifondazione)	"	17-27-30
<b>CHIODI-WINKLER Wanda</b> (Gruppo D.S. del Trentino)	"	20
<b>MINNITI Mauro</b> (Gruppo Alleanza Nazionale)	"	26
<b>ATZ Roland</b> (Gruppo Südtiroler Volkspartei)	"	26-56-61
<b>WILLEIT Carlo</b> (Gruppo Ladins - Autonomia Trentino Integrale)	"	28-56-59-62-66
<b>IANIERI Franco</b> (Gruppo Misto)	"	53
<b>DIVINA Sergio</b> (Gruppo Lega Nord Regione Trentino-A.A. per l'indipendenza della Padania)	"	54-55
<b>GASPEROTTI Guido</b> (Gruppo Solidarietà - Rifondazione)	"	56-63-66
<b>GRANDI Tarcisio</b> (Gruppo Popolari Italiani)	"	62-63